

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 RM, monatlich 3,50 RM...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparillenzelle kostet 1,50 RM...

Berliner Volksblatt Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Furcht des Siegers.

Volkswirtschaftliche Mittelschulen

Mit der Ueberschrift wird nicht der Zweck verfolgt, einen neuen Namen zu prägen. Der Name ist ohne Belang...

Bis zum 9. November 1918 galt für die Befreiung aller irgendwie einflussreichen Stellen und ebenso für die Bildung aller Körperschaften mit öffentlich-rechtlicher Geltung...

Das muß anders werden! Der Arbeiterschaft muß die Möglichkeit gegeben werden, durch ihre besten Köpfe an der Verwaltung aller Zweige des behördlichen Apparates...

Das Schwergewicht der Aufgaben, die zur Neuordnung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den nächsten Jahren zu bewältigen sein werden, liegt auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.

Das Studium aber namentlich des Rechtes, der Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften war bisher und ist bis auf den wirtz sprechen deshalb noch heute von ihrem Beruf als von einem akademischen Beruf...

Das Studium aber namentlich des Rechtes, der Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften war bisher und ist bis auf den wirtz sprechen deshalb noch heute von ihrem Beruf als von einem akademischen Beruf...

Pressestimmen zu den Ententoten.

Das Münchener "Handelsblatt" findet, die Furcht der Entente, besonders Frankreichs, vor dem gänzlich gelähmten Deutschland beginne groteske Formen anzunehmen.

Die "Baseler Nachrichten" sagen zu Clemenceaus Rede über die Einwohnertwehren, Zeitfreiwilligen und Sicherheitspolizei, sie bezwecke, Deutschland vollkommen wehrlos zu machen...

Vorstöß gegen den Gewaltfrieden.

Der römische Gewährsmann des "Secolo" macht für die heutigen Schwierigkeiten den Versailler Frieden und die Forderung des Viererbandes verantwortlich.

Der Pariser Korrespondent des "Corriere della Sera" glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat über die Gefahr klar sei, die deutschen Reaktionen durch allzu straffe Spannen des Bogens zu begünstigen.

Ueber den Ministerrat wird berichtet, daß bezüglich Fiumes entgegen allen Gerüchten nichts erreicht sei und daß die Verhandlungen fort dauern.

Kessel verhaftet.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann v. Kessel Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herabforderung zum Zweikampf erlassen hat...

Die Staatsanwaltschaft hatte, wie sie erklärt, schon Mitte voriger Woche ein Ermittlungsverfahren gegen v. Kessel eingeleitet. Wie wir hören, ist noch, bevor der Staatsanwalt den Haftbefehl gegen den Hauptmann von Kessel erließ, auf Anordnung des Preussischen Ministers des Inneren der Hauptmann von Kessel seiner Dienstgeschäfte enthoben worden.

Es bedarf nicht der Betonung, daß das Proletariat es bisher stets vermocht hat, für seine eigenen Einrichtungen...

das nötige Beamten- und Führermaterial zu beschaffen. Ob es in allen Fällen den gestellten Aufgaben genügt hat, soll hier nicht untersucht werden.

Es wäre unverantwortlich, wenn nicht alles getan würde, um diesen Zustand zu beseitigen. Und zwar schnell! Der Grundtag: Freie Bahn dem Tüchtigen! bleibt so lange ein leeres Wort...

Mein Vorschlag ist einfach, seine Durchführung un schwer in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ermöglichen. Man braucht nur denselben Weg zu gehen, der in der Technik seit vielen Jahren mit ausgezeichnetem Erfolge beschritten worden ist.

Man braucht nur denselben Weg zu gehen, der in der Technik seit vielen Jahren mit ausgezeichnetem Erfolge beschritten worden ist. Jeder weiß, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge der deutschen Industrie vorzugsweise auf der hochwertigen, jedem andern Land überlegenen Fachbildung unserer industriellen Beamtenschaft...

Man braucht nur denselben Weg zu gehen, der in der Technik seit vielen Jahren mit ausgezeichnetem Erfolge beschritten worden ist. Jeder weiß, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge der deutschen Industrie vorzugsweise auf der hochwertigen, jedem andern Land überlegenen Fachbildung unserer industriellen Beamtenschaft...

Nur das eine möchte ich noch aussprechen zur Abwendung des unausbleiblichen Hinwelses auf die Kosten, die der Bau und die Einrichtung solcher Schulen in unserer Zeit der finanziellen Schwierigkeiten verursachen würde.

Hermann Lüdemann.



## Hochverrat der Schwerindustrie.

In der Nationalversammlung ist Genosse Adolf Braun mit dem Stahlwerksverband scharf ins Gericht gegangen und hat u. a. festgestellt, daß deutsches Eisen während des Krieges nach Frankreich und Italien gegangen ist, was von den Reichsparteien mit begreiflicher Unruhe aufgenommen wurde. Die Angriffe, die seinerzeit schon im März von uns aus in dieser Angelegenheit gemacht wurden, wurden damals von dem Stahlwerksverband bezahlten Presse als Verleumdungen dargestellt, und es ist anzunehmen, daß die Rede des Genossen Adolf Braun ebenso kritisiert werden wird. Darum bringen wir einen Auschnitt aus einem Artikel der „Zürcher Post“, der im Herbst 1917 erschienen ist; er lautet:

Der Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Mächtegruppen nähert sich offenbar seinem Höhepunkt. Die wirtschaftliche Versorgung unseres Landes läuft Gefahr, von zwei Möglichkeiten erdrückt zu werden. Der Einfuhrstopp scheint von den Verbündeten verlangt zu sein, wenig oder keine Ausgleichswaren mehr nach Deutschland gelangen zu lassen. Die Eingabe an den Bundesrat aus der Maschinen- und Textilindustrie weist darauf hin, daß deutsches Eisen in großen Mengen von der Schweiz nach Frankreich und Italien gegangen ist. Zwei Nationalräte als Vertreter des Bundesrates reisen in den nächsten Tagen nach Paris zur Erlangung von Ausgleichswaren ab.

Die Tatsache, daß Schweizer Industrielle sich am Höhepunkt des militärischen Ringens damit befassen haben, welche Gegenleistungen sie von Frankreich für ausgeführtes deutsches Eisen erwirken sollten, spricht in einer Weise für sich, daß alles weitere dem Untersuchungsausschuss überlassen werden muß. Vielleicht hat Herr Eugenberger für diesen Hochverrat auch noch eine Entschuldigung!

## Die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung befahte sich am Mittwoch in der mehr als vierstündigen Sitzung mit dem Einspruch Helfferichs gegen seine Verurteilung. Bericht erstatter war der frühere preussische Justizminister Spahn. Mitberichter der früheren Reichsjustizminister Landsberg. Die beiden Abgeordneten stimmten im großen und ganzen in ihrem Urteil überein, die sich nur in der Frage unterschieden, ob auch die zweite Verurteilung zulässig gewesen sei. An die Berichte mußte sich eine mehrstündige juristische Debatte, in deren Verlauf namentlich erörtert wurde, ob Helfferich dem Ausschuss die Verantwortung einer Frage tatsächlich verweigert habe. Diese Frage wurde von mehreren Rednern berührt. Sehr interessant war, daß ein Vertreter der Deutschen Volkspartei ankündigte, daß er das Plenum der Nationalversammlung zur Entscheidung über den Einspruch Helfferichs aufrufen werde. Danach ist also zu erwarten, daß das Plenum der Nationalversammlung sich einige Tage lang mit Herrn Helfferich zu beschäftigen haben wird.

Heute die Sitzung vom vorigen Montag ist noch nachzutragen, daß ein Vertreter der Deutschen Volkspartei in dieser Sitzung einen Vorstoß gegen den Untersuchungsausschuss überhaupt unternahm, weil, wie der Redner behauptete, seine Tätigkeit große Verunreinigung und sogar Empörung hervorgerufen hätte. Der Ausschuss bedrohe das Ansehen der Nationalversammlung. In der Aussprache wurde dieser Auffassung sehr scharf widersprochen, namentlich wiesen die sozialdemokratischen Redner darauf hin, daß der Untersuchungsausschuss Aufgaben von geschichtlicher Bedeutung zu erledigen habe und sich durch die reaktionäre Prekäre nicht ins Bodhorn jagen lassen dürfe. Volle Einigkeit herrschte dagegen darüber, daß die Arbeitsmethode reformbedürftig sei. Durch fleißige Vorarbeit und sorgfältige Formulierung von Fragen soll die Zeugenernehmung auf das geringste notwendige Maß beschränkt werden. Im übrigen wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Vernehmung der sogenannten Kapazitäten im großen und ganzen zu Ende sei. Ein großer Teil der Schuld an der Stimmung in weiten Kreisen des Volkes war die schlechte Informierung der Presse, wodurch vielfach fehler-

hafte Auffassungen entstanden seien. Die starke Verzögerung des Betriebs der stenographischen Verläufe sei aus dem gleichen Grunde sehr zu bedauern. Erst am Montag sei das erste Heft dieser Protokolle im Buchhandel erschienen.

## Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung befahte sich eingehend mit den letzten Notizen der Entente und die darauf zu gebende Antwort. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen wohnte auch der Reichskanzler der Sitzung bei. Die Verhandlungen waren vertraulich.

## Die Umsatzsteuer.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für das Umsatzsteuerergesetz nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach Umsatzsteuern in Ländern und Gemeinden nicht mehr erhoben werden dürfen. In einer längeren Erörterung führte die Inzeraten- und Hotelsteuer, die nach den Beschlüssen erster Lesung 10 Proz. betragen soll.

An den Beratungen beteiligte sich auch als Vertreter der Unabhängigen der Abg. Eichhorn. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Inzeratensteuer ganz zu streichen, wurde zurückgezogen und durch einen Antrag ersetzt, wonach eine abgestufte Steuer nach dem Umfang der gesamten Inzerateneinnahmen erhoben werden sollte, von 2 Proz. an bei einer Einnahme von Mark 100 000 steigend bis zu 10 Proz. bei einer Einnahme von über einer Million. Die weitere Beratung wurde auf Donnerstag vertagt.

Spannung im Unterrichtsausschuss. Am Dienstag Abend entstand während einer Beratung im Unterrichtsausschuss der preussischen Landesversammlung ein Konflikt, dem die beabsichtigte Ausschließung der Geistlichen aus den Schulausschüssen zugrunde lag. Die Parteien erklärten, ihre Stellung von den Beschlüssen ihrer Gesamtkonferenzen abhängig zu machen. Am Mittwoch fanden im Staatsministerium bereits Besprechungen über die Lage statt.

Der Betriebsräteausschuss nahm einstimmig einen Antrag des Zentrums und der Demokraten an, wonach bei Unternehmungen, die mindestens 20 Handgewerbetreibende beschäftigen, für diese ein besonderer Betriebsrat errichtet werden wird. Dem Artikel 4 wurde auf Antrag des Zentrums hinzugefügt, daß Mäster und sonstige ähnliche Ämter nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen. Beschlossen wurde auf Antrag der Sozialdemokraten, daß sich in Betrieben von 1000—5000 Arbeitnehmern die Zahl der Mitglieder des Betriebsrats für je weitere 500 um je eines, über 5000 für je weitere 1000 Arbeitnehmer um je eines erhöht. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 80. Auf Antrag Schneider (Dem.) haben die Angestellten in Betrieben mit über 5000 Arbeitnehmern mindestens 8 Vertreter im Betriebsrat.

Für den Generalparolen sprach sich im Steueraussschuss der Nationalversammlung Finanzminister Erzberger im wesentlichen aus. Angenommen wurde der grundlegende erste Paragraph, wonach Straffreiheit eintritt, wenn der Steuerpflichtige aus eigenem Antrieb spätestens bei der ersten Steuererklärung bisher verschwiegenes Vermögen und Einkommen richtig angibt.

## Bergarbeiterhilfe für Kriegsbekämpfte.

Die Belegschaft der Zeche Sterkrade im Ruhrrevier hat beschlossen, zum Vorken der Kriegswitwen und bedürftigen Schwerbeschädigten für jeden Betriebsort während zweier Monate je einen Wagen Kohle kostenlos zu liefern. Hierzu haben sich die Schachtelner bereit erklärt, in den staatlichen Gruben eine Stunde umsonst zu arbeiten.

## Der Osnabrücker Gastwirstreit.

Wie aus Osnabrück gemeldet wird, haben die Verhandlungen der Polizeidirektion mit den Inhabern der Osnabrücker Hotels und Gastwirtschaften, die seit dem 8. Dezember ihren Betrieb geschlossen hatten, zu einer Einigung geführt. Die Birne erklärten sich bereit, die Gasthöfe und Wirtschaften am 10. wieder zu eröffnen.

## Schiebergeschäfte mit Malzkontingenten.

Die Bundesratsverordnung vom 20. November 1918 bestimmt: „Die Übertragung von Malzkontingenten, auch wenn der Brauereibetrieb oder das Eigentum am Brauereigrundstück mit übertragen wird, auf andere Bierbrauereien ist nur zum Zwecke der eigenen Verwendung im Betriebe der erwerbenden Bierbrauerei zulässig. Sie bedarf im Gebiete der Norddeutschen Brauereigenossenschaft der Genehmigung der Reichsgetreidekammer, Kontingentstelle in Berlin. . . . Die Genehmigung soll nur erteilt werden, soweit auf Seiten der übertragenden Bierbrauerei ein wichtiger Grund zu der Übertragung vorliegt. . . .“

Diese und ihre vorangehenden Bestimmungen des Bundesrates dienten u. a. auch dem Zwecke, zu verhindern, daß die Kontingente Handelsobjekte werden. In der Praxis hat sich aber die Sache weit schlimmer gestaltet. Es wurden nicht nur mit den Kontingenten Schiebergeschäfte gemacht, sondern auch mit dem, was ja mit den Kontingenten untrennbar verbunden ist, mit den Brauereien und dem gesamten Zubehör. Vorbedingung für die Übertragung des Kontingents ist nach der Bundesratsverordnung nicht, daß der Brauereibetrieb oder das Eigentum am Brauereigrundstück mit übertragen wird. Aber wer den Brauereibetrieb oder das Eigentum am Brauereigrundstück erwirbt, hat auch das Kontingent.

Ein typischer Fall, wie sich dann in der Regel die Sache entwickelt, zeigt die in Vorbereitung befindliche Ausschließung der Brauerei Abteilung u. Hoffmann in Potsdam. Das Eigentum an dieser Brauerei hat die Getreidehandlung Böhm u. Reichenbaum, Berlin, erworben, indem sie die Aktien (1 000 000 M. Aktienkapital) übernahm. Zu welchem Kurse, ist nicht bekannt. Damit gehört der Firma auch das Kontingent.

Nun ist folgendes beabsichtigt:

Das Kontingent über ca. 14 300 Zentner Malz soll an die Bergschloßbrauerei Berlin veräußert werden. Es bringt einen Betrag von 700 000 bis 800 000 M., da Kontingente trotz geschlicher Höchstpreise mit Überkontingent, also zu Wucherpreisen, veräußert werden. Die Kaufkraft der Brauerei soll die Deutsche Bierbrauerei K. W. Pilschdorf erhalten. Diese beiden Beträge dürften wohl den Übernahmepreis bedecken. Den Wert des Brauereigrundstückes nebst Gebäuden und totem und lebendem Inventar hätte die Firma Böhm u. Reichenbaum bei dem Geschäft glatt verdient. Allein die mit 13 000 M. zu Buche stehenden 81 Pferde der Brauerei haben jetzt einen Wert von 300 000 bis 350 000 M. Dazu kommen die wertvollen Maschinen, Fassagen usw., die Baulichkeiten und das Grundstück. Der Verdienst erreicht sicher den Betrag von 1 bis 1 1/2 Millionen Mark.

Die Bundesratsverordnung vom 20. November 1917 gestattet die Übertragung von Malzkontingenten nur von einer Brauerei auf die andere. Hier hat sich über den Weg des Brauereigrundes ein Driller des Geschäftes bemächtigt, was zweifellos unzulässig ist. Aber das Kontingent darf auch in diesem Falle nicht übertragen werden, weil auf Seiten der übertragenden Brauerei ein wichtiger Grund zu der Übertragung wie es die Bundesratsverordnung vorschreibt, nicht vorliegt. Der Betrieb ist lebensfähig, steht sogar geschäftlich gut nach Durchsicht der Bilanzen. Er verteilte 1917 4 Proz., 1918 6 Proz. Dividende, die einzelnen Konten stehen äußerst gering zu Buche, so daß hier keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeit für die Übertragung des Kontingents vorliegt.

Da mit dieser beabsichtigten Manipulation auch die Betriebsstilllegung und die Entlassung von Arbeitern verbunden ist, hätte der Brauereiarbeiterverband bei der Reichsgetreidekammer, Kontingentstelle, Einspruch gegen die Übertragung des Kontingents erhoben. Die Kontingentstelle hat dem Einspruch nicht stattgegeben, sondern die Übertragung genehmigt. In der Kontingentstelle sitzen in der Regel Brauereibesitzer, Direktoren, Syndici von Brauereien, die wohl sämtlich davon überzeugt gewesen sind, daß die Brauerei Abteilung u. Hoffmann gut steht und auf ihrer Seite ein wichtiger Grund zu der Übertragung des Kontingents nicht vorliegt, aber

## Die Ungebuldigen.

Von Willi Birnbaum.

Sie kamen des Morgens und Mittags und Abends, die Zweifler, Kritiker, Unzufriedenen; sie wiesen ihm Altes, Neues, Schönes und Schmutz; sie klagten bittere Not und offenbarten ihm Nacht und Schatten — sie, die alle an das verheißungsvolle Licht geglaubt, das mitten in Novemberstunden nach langen, düstern, leidenschaftlichen Schredenlagen durch grauen Wolkenshimmel brach. Alle Versprechungen, schönfarbene Zukunftsbilder, in Herzlichen schlummernde Höhenweisen damals erstanden zu gigantischer Größe. Ein Klauselgebild. Wie geahnte Nacht! Jäh flammte Wille und Kraft noch einmal auf — in ihnen, die vom Druß so tief gebeugt, von Leid und Schreden schmerzzerfüllt. Aber der Wille war größer als die Kraft. Der Grund war Schlanm, Vorstoß — und der Trummer lagen zu viel im Weg, die es galt wegzuräumen.

Und er meinte zu ihnen: Schafft Grund, festen Boden erst, darauf sich großes Gebild kann gestalten, das Wind und Wetter trotzet. Das hieß langsame, mühselige, kräfteaubende, wissenschaftliche, opfervolle, undankbare Arbeit berichten. Jahre würden darüber vergehen, so wenig offenbare Fortschritte würden entstehen, die sich wie ein Nichts ausnehmen vor so fahnen Träumen, die ihnen damals vorgegaukelt. Der Wille schuf nicht allein — auch nicht die alte Kraft, wenn sie noch wäre — es mühten große Dauereifer, geeignetes Werkzeug, gutes Material zur Stelle sein, planmäßig gezielte Kraft, vom Willen zum Ganzen zum Eifer getrieben.

Zag für Zag hatte er folches zu ihnen gesprochen. Sie aber kamen des Morgens und Mittags und Abends auch an folgendem Tag voller Ungebuld und zehrender Sehnsucht im Innern, und wiesen fertig von neuem auf Wunden, die sie alle im Ru heilen zu können glaubt. Er aber schüttelte traurig den Kopf — denn ihn schmerzten die Wunden — und sprach: „So, Freunde, geht's nicht! Ihr gersplittert nur eure Kräfte. Auf halbem Wege erlahmt Ihr — oder halt Karrenhäufel.“

Sie aber waren dazob unzufrieden. „Wir wollen's! . . . und es muß gehen!“

Und mein Freund ward ob so stürmischen Wollens nur ruhiger noch und löste ihnen Lied von Lied aus dem großen, unendlich seinen Organismus des Staates, der Wirtschaft, der Kultur und Elite, wies ihnen all das planvolle Gineinandergerissen, deutete hier und da, wo angefehrt werden mühte mit Verbesserungen, die dann folgerichtigerweise weiterwirken würden, bis ein Anderes, Besseres zum Schluß erstünde.

Und die ihn so hörten, gaben ihm recht. Am nächsten Morgen aber kamen sie wieder und meinten, er habe wohl recht, aber es gelange so langsam doch, man wüßte was sehen — und sie wollten's erleben; sie hätten ihr ganzes Leben schon dahin gestrebt; es stünde so viel Ungebuld in ihnen . . .

„Wenn Ihr glaubt, Ungebuld ist Kraft, so seid Ihr im Wahne.“ Und als er frag, wie es besser und schneller ginge, sprachen sie alle wie aus einem Munde: „Derz'zufassen! Mit Gewalt! Durch Tat!“

Da nun redete er zu ihnen mit schmerzlichen Lächeln; „Wenn Ihr das wollt, schlägt alles in Trümmer! Ihr schlägt Euch selbst! In der kunstvollsten Organisation liegt die Freiheit; gezielte Kraft ist Voraussetzung dieser!“

Seit jenem Tage kamen sie nicht mehr; andere Propheten redeten ihrer Ungebuld besser das Wort. Aber es waren nur — Worte! . . .

## Konzert-Umschau.

Das Konzert, das die akademische Hochschule für Musik zur Erinnerung an ihren fünfzigjährigen Bestand veranstaltete, gibt zu denken. Die Ouvertüre der Bachschen Orchester-Suite Nr. 3, vom Schillerorchester unter Heß Leitung rhythmisch und kräftig gespielt, macht den Anfang. Ein paar Ödener-Würnisse hören nicht empfindlich. Laubenthal singt, künstlich ungeschult, eine Händel-Arie aus „Xephtus“ mit der ihm eigenen Notenzuckung. Der große Heinrich Bach ist, jubeind vom vollen Haus begrüßt, müht sich mit immer noch großartiger Virtuosität um Beethoven's G-Dur-Konzert. Wo aber bleibt der Jauder, die Jubraust, die notwendige Einfühlung? Er hat sie gewiß; aber er geht aus dem Beethovenischen nicht heraus, um das Orchester nicht zu gefährden. Das glaubt, es mit dem Schmiss allein fertig zu bringen, ist laut und indistinkt, verheddert sich im Holz. Heß stampft mit den Füßen auf; auch das muß nichts. Zuletzt — nachdem Barth besonders gefeiert ist — geht Kufenkampff-Hoff zu Ehren Joachims dessen Hulloje, aber technisch dankbare Variationen mit jugendlichem Feuer, aber herzlich im Ton. Im zweiten Teil die C-Moll-Sinfonie von Brahms. Was, so mühte man fragen, hat dieses „Best-Konzert mit der Hochschule zu tun? Ein Schülerorchester, ein geistes, hervorragender Pädagoge, ein Alltagsdirigent, ein aufstrebender Violinist — das ist alles. Aus einer Hochschule sollten in 50 Jahren nicht andere Werte entstanden sein? Wo sind die kompositorischen Talente geblieben, wo war die Chorschule, wo war der Geist, wo das musikalische Vernunft, das auf vorbildliche Erziehung hinwies? Wenn das ein Fest war, dann beneiden wir Lehrer und Schüler, Verantwortliche und Mitgeber nicht um den Alltag. Der bescheidene und als Wissenschaftler so bedeutungsvolle Direktor Kreylich hätte zu diesem Tag in seinen eigenen Anforderungen wohl einmal unbedeutender sein dürfen.

Dafür verjammte man unwillig Ebel's modernen Kompositionabend. In derselben Hochschule hat Max Schöffler versucht, Rudi Stephans „Musik für Orchester“ für Berlin wieder neu zu erweisen.

Man dreißt diesen jung verstorbenen Musiker als Talent ersten Ranges. Diese Probe zeigt, daß eine unstrittige Begabung allzu frei in der Form und allzu sprunghaft im Fühlen auch Fernwege gehen konnte. Der brütende Anfang und der laute fugierte Schluss loben einen farblos gestaltenden Komponisten; dazwischen ist nicht glatter, auch nicht planvoll geteilter, nicht romantisch geschlängelter

Weg, sondern der Jid-Jud schließlich mit aufsteigender, aber auch trotz verbleibender Phantasie. Keine Entloftung, kein thematisches Gleichmaß, das innerliche Erleben ruhelos, stürmisch, allzu laut hinausgeschrien. Doch soles bewältigte diese höchst knifflische Aufgabe sehr richtig; das Schicksalididol hingegen taktierte er so unpolitisch und belanglos, daß es kaum wiederzuerkennen war. An der Ausführung und am Willen lag auch wohl der Mangel an Eindringkraft der Georg-Stolzenberg-Lieder. Dieser eigenartige Schriftsteller ist auch ein eigenartiger Komponist, der den Welt alter Gefänge mit modernen Mitteln anschaulich macht. Seine Wortbehandlung ist im ganzen nachgelesen und Entloftung der melodischen Linie vorbildlich. Obgleich kunstvoll gearbeitet, behalten die Weisen doch das spezifische Gesicht ihrer alten Zeit. Selber kann Auguste Hartmann-Rauter nur schamlos und grandios vorgetragen, aber nicht einwandfrei singen. Sie sollte das eine lernen, ohne das Besondere zu verlieren.

Es ist die ergebendste Freude, einen Männer wie Beechey nun auch musikalisch — auf oberer Stufe zu sehen. Neben den jetzigen Stand seines Musikertums hinaus braucht er, ja kann er sich kaum mehr entwickeln. Wer ihn noch nicht im Beethovenischen Konzert gehört hat, der gebe ihn und erlebe es. Im kraftvollen Bau des ersten, im Gebet des zweiten, in der gesähten spielerischen Werke des Rondolajes ein vollendeter Künstler. Ton, Stil, Technik, Ausdruck — hier habt ihr alles, wie es sein soll und wie es wirken muß. Neben solchen Können verlangen langsam die Erinnerungen an viel anderes, das den Durchschnitt erst jagt überträgt: das häßliche Vortragstalent der jungen Sopranistin Luise Zanden, der weiche, schöne, biesame Gesang der kultivierten Sängerin Rose Walter, der unausgelebene, gar zu kraftvoll lagernde, in der Chopinischen F-Moll-Fantasia dennoch zart anhauchende Klavierart der streckhaften Emmy Hoff, der schöne Zusammenhalt im gesunden Spiel von Edmund Schmidt (Klavier) und Alex Kropf (Cello).

Dr. Kurt Singer.

Der wandernde Wiener Wald. Kohlennat gebietet Holzfrevel. Diese Wirkung zeigt sich in erschreckendem Maße jetzt im nicht nur hundert, sondern auch erschreckend Wien. Einer Schilderung von Paul Umbreit entnehmen wir einige Angaben: In ihrer Not hat die Wiener Bevölkerung zur Selbsthilfe gegriffen und die umliegenden Waldungen und Anlagen eigenmächtig abgeholt und zerstört. Ganze Waldparzellen und Berge sind ihrer Holzbehalte beraubt worden, ohne Kenntnis der Forstverhältnisse und des Brenn- oder Nutzwertes der Hölzer. Der nächste Baum war jedem der beste. Überall sind Stumpen von 1/4 bis 1/2 Meter Höhe stehen geblieben, die letzten Reste herrlicher Waldungen, der Lieblingsausflugsziele der Wiener Bevölkerung. Unabsehbar sind die Karawanen der Holzsucher, die mit Traglasten und Wägelchen voll Holz heimwandern oder die Strahlenbahn benutzen. Die Behörden sind völlig machtlos gegen den Holzfrevel, denn selbstverständlich begibt keiner das selbstgefällige Holz, sondern eignet es sich unentgeltlich an. So wandert der schöne Wiener Wald in die Stadt. Und in der Stadt kommt zum Holzfrevel der Holzwunder und das wilde Holzschlagen draußen bringt zahlreichen Berlinen Verknüpfung und Tod. Und es bleibt nicht nur bei der Verknüpfung der Waldungen. In Wien verschwinden ganz systematisch Baum- und Gartenzäune, Grundstücksplanen und sonstige Holzinsassun-



Anklagen gegen die Schwerindustrie.

In der Rationalerversammlung sprach am Mittwoch zunächst

Hg. Braun-Franken (Soz.):

Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Herren von der Rechten alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichsnotopfers zu verhindern. Sie sind bemüht, die Steuergesetze zu sabotieren. Mit allen Mitteln wollen sie die Verhandlungen förmlich und unförmlich durchlöcheren, daß ihre Pläne nicht gelingen, daß die Kriegsgewinne erzielt werden und ein gerechter Ausgleich im Volke hergestellt wird.

Antinationalismus

als denjenigen, der es uns unmöglich machen will, den Wiederaufbau zu vollziehen. Das ist die Prädikatur des Kapitals. Das Kapital hat sich immer vom Steuerzahler gedrückt, schon seit der Gründung des Reichs. Alle Lasten mußten die breiten Massen tragen.

Der Kampf gegen Erzberger

Es ist nicht weiter als ein Kampf gegen die Belastung des Volkes. Man will diesen Mann fällen, weil er im Gegensatz zu seinen Vorgängern die größte Lastkraft bei der Lösung der Finanzfragen zeigt. Ihre Politik (nach rechts) führt naturgemäß zum Staatsbankrott, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Der Kampf von rechts wird gegen die Republik, gegen die Rationalerversammlung, gegen alle sozialen Maßnahmen geführt. Wir aber wollen Deutschland retten, wir wollen nicht, daß das Ruhrgebiet besetzt wird. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten; Lurche rechts.) Ich komme jetzt zu dem unangenehmen Teil meiner Rede, zu Herrn

Dr. Eugenber.

Wir hätten es begriffen, daß Herr Eugenber gegen das Steuerzahler der Besitzenden ist. Seine Rede war aber mehr als eine Klassenkampagne des Kapitalismus. Seine Worte waren wohlüberlegt, in der Studierstube niedergeschrieben und für die Leser des „Generalanzeigers“ in Essen und des „Lokalanzeigers“ in Berlin berechnet. (Seitert.) Ich muß Herrn Eugenber ins Gedächtnis rufen, daß er in dem Militärbeamtenbestehungsprozess gegen Krupp nicht vereidigt worden ist, weil er dem Gericht der Teilnahme verdächtig erschien. Dieser Mann redet hier von Korruption, der selbst das preussische Beamtenamt im Kriegsministerium und Reichsmarinamt durch Bestechung korrumpiert hat.

Präsident Fehrenbach: Es geht nicht an, daß Sie einem Abgeordneten vorwerfen, er habe Beamte korrumpiert.

Hg. Braun (fortfahrend): Von der Firma Krupp, deren Generaldirektor Herr Eugenber bis zur Revolution gewesen ist, sind

die interessantesten internationalen Beziehungen

gepflogen worden. So sind mit den Vorkriegszeiten, deren Kanonen unsere eigenen Soldaten nachher wiedergemacht haben, technische Erfindungen ausgetauscht worden. Nach Nordamerika ist die Kruppische Panzerkugel um 40 R. billiger geliefert worden als an Deutschland. Ist das Patriotismus? Diese Leute wagen heute von Korruption zu sprechen! Im Krieg, den Sie (nach rechts) verherrlichen und wiederholen möchten, liegen die Wurzeln der Korruption. Auch die Korruption des Scheiterns ist aus dem Kriege entstanden. Dr. Eugenber hat den Finanzminister einen Landesverräter genannt. Dabei hat er selbst den argsten Landesverräter begangen, indem er der Entente deutsches Land geraubt angepöbel hat.

Präsident Fehrenbach: Ich kann nicht zugeben, daß einem Mitglied des Hauses, auch wenn es Anlaß zur Erregung gegeben hat, Landesverrat vorgeworfen wird. Ich bitte Sie, die gestrigen Vorgänge sich zur Warnung dienen zu lassen und sich unseren Aufgaben zuzuwenden, nämlich der Steuerdebatte.

Hg. Braun-Franken (Soz. fortfahrend): Die Geschichte des Stahlwerksverbandes, bei der Dr. Eugenber eine Rolle spielte, ist eines der traurigsten Kapitel; nicht für Sie (nach rechts); für Sie ist es ein goldenes Kapitel.

Der Stahlwerksverband

hat 1915 die Kasse des deutschen Volkes in der unerhörtesten Weise ausgehöhelt. (Zuruf rechts: Unwahr!) Der Untersuchungsausschuss wird sich hoffentlich gründlich mit der Frage beschäftigen, warum die Stahlindustrie sich

zehn Millionen Wiedergewinn monatlich

verschaffen konnte. (Zuruf, Weil bei den Sozialdemokraten.) Rechtswidrigerweise ist ein großer Teil dieser

Alten aus dem Kriegsministerium verschwunden.

(Hört, hört!) In Massen wurden deutsche Stahlkugeln über die Schweiz nach Italien geliefert, damit Italien daraus Waffen gegen Deutschland machen konnte. (Hört, hört! links.) Delferich bildete diese Geschäfte; er war ein Finanzminister nach dem Herzen der Rechten. (Sehr wahr! links.) Wir wollen die kleinen Rentner schonen und die Interessen der Auslandsdeutschen wahren. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Farnold (Zentr.): Wir billigen den Gesetzentwurf. Einige Änderungsanträge werden wir noch einbringen. Dieses Reichsnotopfer ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wie sich jemand im ganzen Deutschen Reich findet, der mit dem Gedanken spielt, daß das Herz unserer Feinde auch nur einen Fußbreit weiter in deutsches Gebiet dringt, in die deutschen Häuser, das verheißt ich nicht. Der gestrige Tag war ein schwarzer Tag in unserem parlamentarischen Leben, und ich erkläre namens sämtlicher Parteigehöriger aus dem besetzten Gebiet, daß wir uns mit flammendem Protest gegen einen derartigen Gedanken verwehren. (Lebhafte Beifälle im Zentrum und links.) Wir sind Deutsche, und wer den Feind auffordert, über unsere Weiber hinwegzutreten, der rechne schon zu den Toten. Wir müssen aber noch 15 Jahre in diesem Lande leben und haben hierzu alle Kraft nötig.

Hg. Dr. Peterka (Dem.): Wir Demokraten sind bereit, dem Reich das größtmögliche Opfer aufzubringen; indessen ist die Frage, ob das in Form einer einmaligen Vermögungsabgabe erfolgen soll oder in der Form einer jährlich zu erhebenden Abgabe, noch nicht endgültig geklärt. Wir stehen aber auf dem Boden der Verträge und werden auch in der zweiten Lesung dafür stimmen.

Hg. Dr. Becker-Hessan (D. Vp.): Die Behauptung des Hg. Braun, daß der Besitz feuersicher sei, ist objektiv un wahr. Der Redner empfiehlt dann den Weg der Zwangsleihe an Stelle der Vermögensbesteuerung.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Die Behauptung, daß durch das Reichsnotopfer der Tod des deutschen Wirtschaftslebens herbeigeführt wird, ist falsch. Umgekehrt bereitet der Weg, den der Hg. Becker vorschlägt, der deutschen Wirtschaft eine außerordentliche Erschwernung. Natürlich kann man gegen das Reichsnotopfer ebenso gut wie gegen jedes Steuergesetz Bedenken vorbringen. Der Hg. Dr. Eugenber hat gestern das hohe

Lied des Gaudium

gesungen. Dagegen stelle ich das hohe Lied der Solidarität, des sozialen Interesses. Das deutsche Volk erträgt nicht, daß solche ungeheuren Ansammlungen von Vermögen vor dem Kriege und leider noch während des Krieges stattgefunden haben.

Wenn das Reichsnotopfer nicht zur Verabschiedung kommt, ist eine indirekte Steuerbelastung nicht durchführbar, dann kann keine Regierung unser Wirtschaftsleben ruhig und sicher aufwärts führen.

Die Zwangsleihe, die von der Rechten gewünscht wird, würde einen Kurs von 20 bis 22 haben. Sie würde

die Summe von 25 Milliarden

innerhalb von sechs Monaten aus dem deutschen Volke jährlich herausziehen, während das Notopfer dem deutschen Volke jährlich 2,5 Milliarden auferlegt. Der Familienstand wird veränderrichtigt werden.

Die kleinen Rentner bis 100.000 R., die also 5000 R. Einkommen haben, brauchen keinen Pfennig zu zahlen. Das Vorhandensein von vier Kindern und mehr wird bei dem Vermögen bis zu 200.000 R. Einkommen besondere Berücksichtigung finden. Es wird dafür gefordert werden, daß die gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe lebensfähig und lebensfähig erhalten bleiben. Bei der Vermögensfeststellung soll auch nicht der Wert der einzelnen Stücke, wie er sich jetzt darstellt, zusammengezählt werden. Das wäre

wirtschaftlicher Wahnsinn.

Diese einzelnen Stück sollen nur Anhaltspunkte bilden. Das Reichsnotopfer ist notwendig, es muß rasch verabschiedet werden.

Hg. Wurm (l. Soz.): Bei den Demokraten herrscht noch Unstimmigkeit. Das Reichsnotopfer bedeutet keine Sozialisierung. Auch die Steuergesetze sind keine Sozialisierungsgesetze. Wir bewilligen keinen Pfennig einer Steuer, die den wirtschaftlich Schwächeren härter trifft als den wirtschaftlich Stärkeren, und das ist das Wesen der indirekten Steuern.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hg. Dr. Braun (Soz.) weist Unterstellungen des Volksparteilers Becker-Hessan zurück. Ueber Hg. Eugenber sagt er: Ich glaube, daß es besser ist, das Urteil über Herrn Eugenber nicht der Öffentlichkeit, sondern dem Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die wirtschaftlichen Kriegsmahnmahnen zu überlassen.

Hg. Kagenstein (Soz.): Ich bin aus dem 10. Ausschuss für das Reichsnotopfer ausgetreten, nicht weil ich ein Gegner des Reichsnotopfers bin, sondern weil ich auf Beschluß meiner Fraktion in den 11. Ausschuss eingetreten bin.

In namentlicher Abstimmung wird Johann über den Antrag Dr. Becker (D. Vp.), die Vorlage an den Ausschuss zurückzuerweisen, abgelehnt. Der Antrag wird mit 238 gegen 43 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Abgelehnt wird der Antrag auf Erhebung einer Zwangsleihe. § 9 wird angenommen mit einer Änderung, wonach diejenigen Deutschen abgabefrei sein sollen, die schon

eine genaue Zeit vor dem Kriege im Ausland wohnen und in Zukunft wieder im Auslande tätig sein werden.

Hg. Dietrich (Dnat.) beantragt Abgabefreiheit auch für die gemeinnützigen landschaftlichen und ritterschaftlichen Kreditinstitute.

Der Antrag Dietrich wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Blund (Dem.) — Braun (Soz.), wonach Genossenschaften nur abgabepflichtig sind, deren Anteile auf mindestens 50 R. lauten.

Nach § 5 sind abgabefrei die Länder, die Gemeinden, die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften, Universitäten, Hochschulen, die Reichsbank, die Reichsdarlehnsanstalt und die Staatsbanken, die Sparkassen sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts begründeten gemeinnützigen Kreditanstalten, Handelskammern, Gewerbekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. Die Anstalten der Versicherungsgehalte, die Genossen usw. Kassen, Stiftungen, Anstalten usw., die gemeinnützigen Zwecken dienen und auf Antrag des Ausschusses politische Parteien und Vereine.

Hg. Wieland (Dem.) verlangt Abgabefreiheit auch für die wissenschaftlichen Verbände.

Reichsfinanzminister Erzberger sagt das zu.

Hg. Gruber (Soz.): Wenn der Reichsfinanzminister in der furchtbaren Not, in der das Reich sich befindet, an der Hilfe des armen Mannes anklopft und ihm seine Ersparnisse nimmt, so soll er auch

an dem Kirchenvermögen

nicht achtlos vorbeigehen. Es gibt Kirchenstiftungen und Gemeinden, die über großen Reichtum verfügen. Im Krieg hat man die Kirche auch herangezogen, indem man die Glocken beschlagnahmte, um daraus Geschütze zu gießen. Der Finanzminister hat ja schon gesagt, daß er das Einkommen der Toten Hand besteuern will. Damit sind wir aber nicht zufrieden, wir wollen auch das Vermögen besteuern. Es würde eine Belastung bedeuten, wenn man hier die Kirche zurücksehen würde. Die öffentlichen Sparkassen sollen abgabefrei sein, nach einem von uns gestellten Antrag sollen aber nicht alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen von der Abgabe befreit sein, weil sich hinter manchen von diesen private Bankiers verbergen. Die Banken werden die minimale Konkurrenz, die ihnen durch die öffentlichen Sparkassen erwächst, wohl ertragen können. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Am liebsten wäre es mir, wenn Sie den ganzen § 5 streichen würden, wenn überhaupt keine Ausnahme gemacht würde. Aber es ist unmöglich, z. B. die politischen Vereine abgabefrei zu lassen und die Kirche nicht. Nur übrigen wird ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Toten Hand in nächster Zeit kommen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Blund (Dem.), Nieber (D. Vp.) und Grünwald (Dem.) wird § 5 unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Donnerstag 1 Uhr: Reichsbankgesetz und Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

Mordprozess Lindner.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der weiteren Zeugenernehmung befandet der Sachverständige Professor Adolf Schmidt, daß die Vorlage des Jungen Rebellentur Kunkel sich völlig mit der Vorlage der Pflegschaftsbescheid des Majors v. Gareis deckt. Major Gareis hat am ersten Tage noch die Hoffnung gehabt, daß er mit dem Leben davonkommen würde. — Vorf.: Hat Major Gareis Kinder? — Professor Schmidt: Ja, zwei.

Zeuge Rechtspraktikant Gutmann hat der Sitzung von einer Tribüne beigewohnt. Er sagt aus: Als ich in den Landtag kam, es war nach der Kunde von der Ermordung Eisners, liefen die Soldaten herum und sagten:

Die Abgeordneten werden erschossen.

besonders aber die von der schwarzen Volkspartei. Vor der Aufnahme der Sitzung wurden die Leute auf der Tribüne nach Waffen durchsucht. Ich sah, wie von einer reservierten Tribüne jemand in den Saal hinterstich, nachdem Lindner zwei Schüsse abgegeben hatte. Ich rief dem Warden, der geschossen hatte, zu: Sie sind wohl verückt! Darauf stieg der Mann noch mal, und ich drückte mich. Während Lindner aus dem Saale flüchtete, hielt er den Revolver so vor sich, als ob er noch auf jemand schießen wollte. Anscheinend verlagte aber die Waffe, und ich rief in den Saal hinab: Jetzt verlagt ihm der Revolver.

Jetzt könnt Ihr ihn festnehmen!

Aber drunten herrschte allgemeine Wirrwarr. Zeuge Attenberger, Revolverwart des Landtags, hat gleichfalls beobachtet, daß von der reservierten Tribüne geschossen wurde.

Zeuge Dr. Anton Pfeifer, Generalsekretär der bayerischen Volkspartei, hörte mehrfach

Drohungen gegen das Zentrum

ausziehen. Ein junger Mann habe auf dem Korridor vor der Journalistentribüne den Redakteur des „Vaterland“, geistlichen Rat Sturm, angegriffen und ihm zugerufen: Es wird nicht eher Ruhe, bis 300 von Euch Pfaffen aufgehängt sind. Auch der Zeuge befand sich in der Nähe des Mannes, der von der Tribüne heruntergeschossen hat. Als sich unten im Saal mehrere Personen um Auer bemühten, sah der Zeuge, daß noch einige Leute sich auf der reservierten Tribüne befanden, von denen einer rief: Ist der Hund, der Auer, noch nicht hin, da sollte man nochmals hinunterschießen.

Zeuge Redakteur Geistlicher Rat Sturm befandet, daß der Saal sich nach den Schüssen schnell leerte. Er ist nach zehn Minuten nochmals auf die Tribüne gegangen und sah, daß auf einer Tribüne noch Soldaten waren. Er hörte dann auch das Kommando:

Revolutionäre Arbeiter, jetzt ab!

Hg. Bürgermeister Kermann gibt an, daß hinter Lindner ein Mann stand, der den Eindruck machte, als ob er als Paria in die für Lindner diene. Die Soldaten hatten den Garzil voller Handgranaten. Auf Befragen gibt der Zeuge weiter an, daß nach dem Attentat am Nachmittag in der Fraktion der Reichstagssozialisten eine Besprechung stattfand, die den Zweck hatte, militärische Hilfe gegen die Zustände in München herbeizurufen. Man war der Überzeugung, daß ein Versuch, den Landtag in München einzuberufen, ohne diesen militärischen Schutz zu denselben Vorgängen führen würde. Weiter gibt der Zeuge auf Befragen des Staatsanwalts an, daß man schon zur Einberufung des Landtags am 21. Februar ein Regiment Soldaten von auswärts herbeigerufen hat; dieses sei aber in Dachau abgefangen und entwaffnet worden.

Hg. Hartmann erklärt, daß er sich gewundert habe, daß der Täter mit einer Waffe in den Saal kommen konnte, während die Abgeordneten und alle anderen Personen beim Betreten des Landtags nach Waffen durchsucht wurden. Bemerkenswert sei es auch gewesen, daß der wachhabende Soldat, der an der Saaltür stand, Gewehr bei Fuß blieb, während Lindner schoß. Der Zeuge glaubt in dem Angeklagten Fritsch den Mann wiederzuerkennen,

der Lindner als Bedung diente. Dieser Mann habe nicht geschossen, sondern mit vorgehaltenem Revolver dagestanden.

Angeklagter Fritsch: Der Herr muß sich täuschen, ich war es nicht. Ich habe auch gar keinen Revolver in der Hand gehabt.

Zeuge: Ich muß sagen, daß die Wahrscheinlichkeit jedenfalls sehr groß ist.

Hg. Hoegg ist ebenfalls nach der Stimmung, die er im revolutionären Arbeiterrat kennen gelernt hat, der Meinung, daß es sich um

ein vorbereitetes Attentat

gehandelt hat. Er hörte von der Tribüne rufen: Das ist die Sache des Proletariats!

Besonders interessant gestaltet sich die Vernehmung des Landtagsabgeordneten Dr. Stühlm-Kürnbach, ein Führer der Reichstagssozialisten. Er befandet: Nach der Ermordung Eisners herrschte eine lobhafte Erregung, und es lag in der Luft, daß etwas geschehen würde. Ich hatte das Gefühl, daß für Auer Gefahr bestünde. Eisner und Auer waren politisch und persönlich im Gegensatz.

Der Entschluß Eisners, vom Ministerposten zurückzutreten, und die Vermutung, daß Auer sein Nachfolger werden würde, ließ die Befürchtung nahe erscheinen, daß in der Masse das Gerücht verbreitet werden würde, Auer werde

mit der Nordtat in Verbindung.

In der Fraktion habe ich daher angefragt, daß man Auer veranlassen sollte, sich nicht zu sehr zu exponieren. Ich habe dann mit Auer die Erklärung verfaßt, die Auer in der Sitzung verlas. Auer war ziemlich zu Ende mit der Befragung, als ich plötzlich durch einen Schuß aufmerksam gemacht wurde und eine Gestalt erblickte, deren Gesichtszüge ich nicht mehr beschreiben kann. Auer schwankte, ich sprang auf das Podium, um ihn zu stützen, Auer war aber inzwischen schon zu Boden gefallen, nachdem er sich an die Brust gepackt und laut aufgeschrien hatte. Am Boden krümmte er sich zusammen.

Ich sah dann, daß der Täter weiterschoß, und zwar in der Richtung auf mich. Inzwischen rückte ich mich, um zu flüchten, daß er auf mich zielt. Ich hatte auch das Gefühl, daß ein Geschoss über mich hinweggehe. Kollegen glaubten, daß ich getroffen wäre. Ich bin in gebührender Haltung zum Platte der Abgeordneten zurückgegangen. Auf der Tribüne sah ich eine Gestalt aufgereckt stehen, die hinterstich:

Das ist die Sache des Proletariats.

Ich hatte auch das Gefühl, daß von der Tribüne geschossen wurde, aber es ist möglich, daß das nur das Echo der zahlreichen Schüsse im Saale war. Aber auch oben auf der Tribüne war die Aufregung sehr groß.

Vorf.: Sind Sie der Meinung, daß es sich um einen vorbereiteten Anschlag gegen den Landtag handelte? — Zeuge: Das ist ungeheuer schwer zu sagen. — Verteidiger Rechtsanwalt Bau: Sie haben Auer nahe, wie erklären Sie sich den Haß der Arbeiterklasse gegen Auer? — Zeuge: Da müßte ich einen politischen Vortrag halten. Ein Teil der Arbeiterklasse hing mit abgöttischer Verehrung an Eisner, und es war bekannt, daß Auer in den Revolutionstagen

im Gegensatz zu Eisner

geraten war. Die Leute hatten das Gefühl, daß Auer bei der Revolution nicht die Energie, wie man sie sonst bei ihm gemohnt war, entwickelt hätte. Nur so erkläre ich mir die ihm gebührende Ehrerbietung in der Arbeiterklasse, die politisch und wirtschaftlich die Schwierigkeiten und Hemmnisse nicht übersehen konnte. Wer nicht vom November ab die Vorgänge mitgemacht hat, wird die Stimmung nicht beurteilen können. Dabei ist es so unheimlich schwer, für das physiologische Werden einer solchen Tat Aufschluß zu geben, ohne diese Kenntnisse. Die Leute machten nicht nur Auer verantwortlich, sondern auch noch andere Führer. Als ich im Zentralkrat

die Verhaftung von Geiseln

brandmarkte, stürzte sofort jemand auf mich zu und rief „Verzähne“ und erklärte, ich müßte verhaftet werden.



Gerichtszeitung.

Millionenschiebungen mit fälschlichen Lebensmitteln.

In die Welt des großstädtischen Schiebertums mit allen seinen widerlichen Nebenerscheinungen leuchtet ein Prozeß hinein, der seit mehreren Tagen die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt und noch mehrere Tage dauern wird. Die auf Diebstahl, Unterschlagung, einfache und gewerbmäßige Heßerei lautende Anklage richtet sich gegen folgende Personen: den fälschlichen Hofinspektor Wilhelm Schwabe, den fälschlichen Hofkammerdiener Hermann Seering, den Dreher Alfred Vaber und den Fuhrmann Otto Küther. Letzterer, der schon mehrfach wegen Diebstahls und Heßerei verurteilt ist, ist flüchtig. Die Angeklagten werden beschuldigt, aus dem fälschlichen Lager am Oshafen, wo Schwabe und Seering beschäftigt waren, in den Jahren 1917-18 1000 Zentner Weizenmehl und Reisgrüß, 200 Zentner Reis und 900 Zentner Erbsen, welche für die fälschliche Passierspeisung bestimmt waren, entwendet und zu Wucherpreisen vertrieben zu haben. Am 27. Juli 1917 wurden den Damen-Werken in Mariensfelde 600 Zentner Reis für 120 000 M. angeboten und von diesen gekauft. Als ein Teil der Ware abgefahren wurde, erschien die Polizei und beschlagnahmte den Reis. 36 Zentner wurden der Gemeinde Mariensfelde überlassen, während 66 Zentner noch dem Oshafen zurückgingen. Hierdurch wurde die Polizei aufmerksam, und nach und nach wurde folgendes ermittelt: Ein Teil des Weizenmehls und der Reisgrüß war durch Vermittlung des vorbezeichneten Küthers und einem Cafetier Hess aus Spandau an die 'Fels-Werke' vertrieben. Der Inhaber dieser Firma, dem später die Bezeichnung 'Werke' behördlich verboten wurde, ein früherer Handlungsgehilfe Hermann Köpcke, ließ aus dem Mehl, wie die Anklage behauptet, unter Aufsicht von Harde und Wrona sogenanntes Substitutionsmehl herstellen und soll damit Millionen verdient haben.

Zum Juli 1917 wurde der Kaufmann Wiesenhof mit dem Angeklagten Vaber, der sich 'Schulz' nannte, bekannt, der ihm 400 Zentner Erbsen anbot. Der Kauf kam zustande und der Vater des Vabers, der als 'Schiffes Krüger' auftrat, nahm als erste Rate von 20 000 M. entgegen. Ein Agent Grünstein, der sich auch Geschäft nennt, verdiente hierbei durch ein einfaches Telefongespräch 20 000 M. Provision. Die Erbsen wurden dann von der Deutschen Mehl- und Molkereifabrik zu hohen Preisen gekauft. Im August wurden Wiesenhof weitere 500 Zentner Erbsen angeboten und von diesen gekauft, der insgesamt 105 000 M. gezahlt haben soll. Grünstein verdiente dabei 50 000 M. Provision. Wie die Anklage weiter behauptet, soll Schwabe, der ein Einkommen von 100 M. als Hofinspektor bezog, mit den Wucherpreisen nur so um sich geworfen, eine teure Jagd gepachtet und sich ebenso wie Seering sogar ein Haus gekauft haben. Selbst der diesförmig vorbezeichnete Küther schaffte sich eine Equipage und Pferde an. Vor Gericht bestreiten die Angeklagten, daß es sich um fälschliche Güter handelt. Von den Rechtsanwältinnen Dr. Schwandt, Kurt Schulz, Justizrat Dr. Wetzler und Dr. Gohmann wird ein Beweis nach der Richtung hin angetrieben, daß es sich tatsächlich um von den Angeklagten auf eigene Rechnung erworbene Schieberware handle, welche lediglich, um sie dem Zugriff des Kriegswunderromts zu entziehen, nach dem fälschlichen Speicher am Oshafen geleitet worden sei. Zu der Verhandlung sind über 70 Zeugen geladen.

Strassenbahn-Freuden. Weil er auf der Strassenbahn als Abwarter eine Haltestelle zu weit fuhr, hatte sich der Fahrer H. wegen Betrug vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte war auf der Linie 66 abmontiert, die die Leipziger Straße, von der Kaiserstraße ab, entlang fährt. Da es der Angeklagte aber eilig hatte, sprang er schon an der Friedrichstraße auf die Linie 88. Der Schaffner verlangte für die Strecke zwischen Friedrichstraße und Kaiserstraße das Fahrgeld, das der Angeklagte ablehnte. Darauf nahm ihn der Schaffner die Abwarterkarte ab und wies ihn vom Wagen. Der Angeklagte fing heftig zu schimpfen an, so daß ihn der Schaffner vom Wagen weg, worüber der Angeklagte mit beleidigenden Ausdrücken, wie 'Salunk', 'berühmt' und dergleichen quetschte. — Rechtsanwältin Dr. Bruno Jacac wies vor Gericht darauf hin, daß im Publikum die Ansicht herrsche, daß ein Abwarter der Strassenbahn auch wenige Schritte vor dem Beginn der eigentlich abmontierten Strecke aufsteigen dürfe und daß deshalb dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Das Schöffengericht folgte diesen Ausführungen und sprach den Angeklagten wegen Betruges frei, verurteilte ihn aber wegen Beleidigung und Hausfriedensbruchs zu 40 M. Geldstrafe.

Centraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III links; heute: Schachabend. Abt. Geinbrunnen, Jugendheim, Lokal Karl Hase, Kolonnenstr. 15, heute 7 Uhr; Vortrag, Fritz Reuter. Abt. Steglitz-Friedenau, Jugendheim, Steglitz, Döppelstr. 7, bei Clemens, heute: Mitglieberversammlung. Abt. Lantols, Jugendheim, Gemeindefchule II, Seydlitz, Ecke Dörlingerstraße, heute Vortrag; Ferdinand Lassalle. Abt. Rentfisch, Jugendheim, Rühnengraben Str. 52, heute: Mädchenabend. Abt. Mariendorf, Jugendheim, Hoch, Claussee, Ecke Bergstraße, heute: Mitglieberversammlung. Abt. Mariensfelde, Jugendheim, Ricka der Gemeindefchule, Dorfstraße 54, heute Vortrag: 'Deutsche Volkserziehungen'. Abt. Pantom, Sonntag, in der Aula des Gymnasiums, Dörlingerstraße: Mitglieberversammlung, Saalöffnung 6 Uhr, Eintritt 1 M. Abt. Riederichsweide, Sonnabend: Winterfest, 'Society', Dörlinger Str. 101, Saalöffnung 6 Uhr, Eintritt 1 M.

Jugendveranstaltungen.

Centraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III links; heute: Schachabend. Abt. Geinbrunnen, Jugendheim, Lokal Karl Hase, Kolonnenstr. 15, heute 7 Uhr; Vortrag, Fritz Reuter. Abt. Steglitz-Friedenau, Jugendheim, Steglitz, Döppelstr. 7, bei Clemens, heute: Mitglieberversammlung. Abt. Lantols, Jugendheim, Gemeindefchule II, Seydlitz, Ecke Dörlingerstraße, heute Vortrag; Ferdinand Lassalle. Abt. Rentfisch, Jugendheim, Rühnengraben Str. 52, heute: Mädchenabend. Abt. Mariendorf, Jugendheim, Hoch, Claussee, Ecke Bergstraße, heute: Mitglieberversammlung. Abt. Mariensfelde, Jugendheim, Ricka der Gemeindefchule, Dorfstraße 54, heute Vortrag: 'Deutsche Volkserziehungen'. Abt. Pantom, Sonntag, in der Aula des Gymnasiums, Dörlingerstraße: Mitglieberversammlung, Saalöffnung 6 Uhr, Eintritt 1 M. Abt. Riederichsweide, Sonnabend: Winterfest, 'Society', Dörlinger Str. 101, Saalöffnung 6 Uhr, Eintritt 1 M.

Briefkasten der Redaktion.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Mittwoch und Freitag 2-5 Uhr; Dienstag und Donnerstag 3-6 Uhr; Sonnabend 3-5 Uhr. 6. 18. Wiederholen Sie Ihre Anträge. 6. 30. Als Dankschreiben für Güte und Geduld, im Herbst untergeben. — 8. M. 14. 1. Ja, den Winkelfeld von 150 M. pro Tag.

außerdem 50 M. Entbindungskostenbeitrag und bis zu 25 M. Schwangerschaftsbeitrag und ferner 75 M. Entgelt für die Dauer des Stillens. 2. An die Krankenkasse. 3. Hochzeitsbeitrag für die Dauer von 10 Wochen, Entgelt bis zum Ablauf der 12. Woche, falls das Kind gestirbt wird. — 6. 2. 9. Es kommt das Stenogramm 1918 in Frage. Falls 2500 M. steuerpflichtiges Einkommen nicht vorhanden war, besteht ein Anspruch auf die Wochenlohnung. — 8. 2. 100. 1. Rein, die Einweisung kann aber durch das Vormundschaftsgericht erlegt werden. 2. Rein, das Vormundschaftsgericht kann aber einen Pfleger bestellen, antragsberechtigt ist auch die Mutter. — 8. 2. 101. Falls Behörde nicht beschließt, ist die Gemeinde zur Deckung der Kosten verpflichtet. — Woche 20. Dazu ist die Firma leider beschlagnahmt. — 8. 2. 102. 1. Das ist richtig. 2. Ein Schwendebrief würde von den gesetzlichen Erben, soweit sie pflichtteilberechtigt sind (Sohn oder Frau), eventuell anfechtbar sein. Wir empfehlen, mit Legitimationspapieren an einen Notar zu gehen und ihm den Schwendebrief vorzulegen. — 8. 2. 103. Rein, falls die Kriegsschädigten sind. — 8. 2. 104. Vom 1. Dezember ab, falls Sie für das Jahr des Steuerjahres 1918 ein Einkommen von mehr als 1000 M. gehabt haben. Ist das Einkommen geringer gewesen, vom 1. Januar 1919 ab. — 8. 2. 105. 1. Nur falls eine Verletzung wegen Verletzung der Pflicht in Frage kommt. 2. Berühmte Eingabe an das Gericht. — 8. 2. 106. 8. 2. 99. Vor Gericht müssen Sie erscheinen. Sie können aber außer dem angegebenen Sach noch Beleg fordern. — 8. 2. 107. 1. Leider nicht. 2. Ja. — 8. 2. 108. 100. Es kann Baugeschäft beantragt werden bis zur Fälligkeit des 18. Lebensjahres. — 8. 2. 109. Schreiben Sie an die Staatsanwaltschaft in Schwelm wegen Verleumdung und Herausgabe der Sachen. — 8. 2. 110. Rein. — 8. 2. 111. 1. Bei jeder Bank. 2. Ohne nähere Angaben nicht zu beurteilen. — 8. 2. 112. 1. Ja, falls das während einiger Monate gelistet und bewiesen werden kann. 2. Ja der Regel läßt sich das Gericht darauf nicht ein. — 8. 2. 113. Wegen Sie sofort Anspruch ein und zahlen Sie nur die Kosten für ein Quantum. — 8. 2. 114. Wiederholen Sie die Anträge und geben Sie noch an, während welcher Zeit Sie Kriegsteilnehmer gewesen sind. — Kraftfahrer Prüfung, Ja. — 8. 2. 98. 1. Mindestens 10 bei Weiterveränderung. Vor Ablauf von zwei Jahren Umlauf der Karte. 2. Reichswehrministerium, Abteilungsamt. — 7. 2. 9. Eine Bekämpfung ist für die fragliche Zeit nicht zu erwarten. — 8. 2. 54. Werden Sie sich mit einer Beschwerde an das Generalkommando in Steinfurt, event. an die Abteilungsstelle des Reichswehrministeriums. — 6. 2. 322. Anspruch auf einen Entlassungsanspruch steht Ihnen leider nicht zu. — 8. 2. 21. Ja, für die letzten vier Jahre. — 8. 45. 1. Ein Antrag von der Justizabteilung abgerufen. 2. Mittel von der Gemeinde, beim Vermehrungsdirektor zu beantragen. — 8. 2. 99. 1. Für den Fall der Fälligkeit kann Ihre Tochter intervenieren. 2. Nicht möglich. — 8. 100. Eigenständige Niederlegung mit Todeserklärung, Natur und Unterhalt verbleiben, genügt. 2. Die Kinder können ihren Pflichtteil fordern. Das wäre für sämtliche Kinder drei Viertel des Nachlasses, wenn auch Väter und Mütter Handlungsbefugnisse haben. — 8. 2. 11. Rein. Reichswehr. Erklärung persönlich vor dem Amtsgericht Berlin-Charlottenburg. 2. Volkverein für Jugendberufshilfe Groß-Berlin O., Burgstraße 27 und Verein der Freiberger für Jugendberufshilfe Dorotheenstr. 82/84. — 8. 2. 112. 1. Die Kündigung des Nummerns könnte nur durch das Polizeipräsidium erreicht werden. Ein Antrag erscheint aber aussichtslos. 2. Der Name Winkler würde dann vorfallen. — 8. 2. Den Austritt erklären Sie am besten persönlich beim Amtsgericht unter Vorlage von Legitimationspapieren. Eine vorherige schriftliche Anmeldung ist nicht erforderlich. Die schriftliche Austrittserklärung ist nur durch förmlich beglaubigte Nachweise zulässig. — 8. 15. 1. bis 2. Ja. 4. Rein. — 8. 2. 101. Für das erste Vierteljahr verhandeln Sie sofort. — 8. 2. 40. Werden Sie sich an die fälschliche Schulverwaltung, falls die Entlassung Ihres Sohnes nicht erfolgen sollte. — 8. 2. 999. Rein.

Weitererichtungen für das mittlere Norddeutschland bis Weizen mittig. Teuerere, aber nebelige, tagelange aufsteigende Wetter bei fortwährender Kälte.

Goldene Remontoir-Uhr. In größter Auswahl: 14 E. goldene Herren-Uhren, Kavalier-Uhren, Vais-Uhren, Arm-band-Uhren, Damen-Uhren, Leuchtuhren u. aus Gebild - genau reguliert. E. Möbis, 14 Beuthstr. 14 (a. Spittau).

Möbel auf Kredit. Feinste Auswahl - Größte Auswahl. Einzeln oder gebildet. Bei Verzinsung bedeutende Preisermäßigung. M. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe.

Zigaretten. aus reinem hellen orient. Tabak u. 200 Stk. p. 1000 Stück an. Dicke Türken 1000 Stück. M. 360. M. Guttman, Alexanderstr. 22, 9-5 Uhr, Aufgang 7.

Brillanten Juwelen. Brillanten, Perlen, Diamanten. Tel. 135, Adpt., Ecke Unter den Linden, gegenüber d. Victoria-Café, Rantz. 1080.

Alte Gebisse. Zahn 3 M. und höher, in Platin u. Gold bis 1000 M. Platin Gram 100 M. u. höher. Mal-Brennstoffe, Kontakts, Krambons, Drahte, Tiegell. alter Schmuck usw. Höchste Preise. Emil Teichler, Hellalianceplatz 6a, Hpt.

Platin! Zahngebisse. Zahn bis 75 M. Gold! Silber! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Spezialarzt Dr. Hasché, Sprechstunden 10-12, 3-5, Sonnt. 10-12, Friedrichstraße 90.

Grammophon. Ludwig Berliner. Spezialgeschäft für Apparate und Platten. Tauentzienstr. 9. Augen auf!

alte Gebisse. Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter M. 6,10. Platin-Stift- u. Plattenzähne bis M. 100.— (nach Gewicht). Platin Gramm M. 118.— (nicht bis 72/18). VÖGLER, Berlin.

Blühdend weiße Zähne durch Chlorodont. die wunderbar erfrischende Zahnpasta. Spezial-Abteilung Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten in schwarz, braun, blau, grün, in 3 Tagen fertig. Wenden, umarbeiten, Renarbeiten von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen. Stoffneheiten. Stoffausstellung.

Notstandslampen. (100 Stunden brennend) Taschenlampen und Batterien verschiedener Art, in jedem Quantum sofort lieferbar. Kurt Becker, Berlin W 3, Mohrenstr. 16.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngebisse! Unmoderner Schmuck! kauft zu staunend hohen Preisen. Kokoski, Brunnenstr. 106 (Humb. 348).

3 Schnapfelze. logen, Radpreis, zu verkaufen. 79/14, Schlegelstr. 5, II. C. Sührberg jun.

Speisezimmer. Servierzimmer, Schlafzimmern, Salontischstühle, Räder, Feder- u. Gabelstühle, Kissen, Stühle, Sofas, Leuchten und viele Teppiche, Portieren, Schattenscreens, Kissen, etc. in reich großer Auswahl zu enorm billigen Preisen. Hans Feurer, Köpenicker Str. 55, Rosenhofer Platz.

Zigaretten. 100 Stk. von M. 120.— an. Zigaretten 100 Stk. von M. 10.— an. L. Manheimer, Berlin, Bergmannstr. 11 (n. Kreuzberg).

MÖBEL. Lieferung kompletter Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer. ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort. MÜLLER, Berlin, Alexanderstr. 31, Tel. KGL 1737.

Möbel. günstig. Einkaufen. Herren-, Schlaf-, Zimmer-, Küchen. DORN, Weinmeisterstr. 8, unweit Plankammer.

Wie ein Wunder. San-Rat Haussalbe. Dr. Strauß, Hautausschl., Flecht-, Hautjuck, des. Heilschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalpackung 6 Stk. 975 erhältlich in der 'Elektro-Apotheke' Berlin 711, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.).

!!! Geld !!!. Ihr alte Westliche, höchste Qualitäts für Platin, Gold, Silber, Brillanten, Goldgegenstände, Schmuck, Silber usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, 4. Hof.

Zigaretten Zigarillos. In großer Auswahl. Ueberaus-Rauchtahak. Lagerbestand sehr lebendig. Nur Kassen u. Gastwir. M. Dönnert, Berlin, Alexanderplatz 2, 1. Tr. am Untergrundbahnhof.

Juwelen. kauft zu hohem Preis. Uhren. Goldwaren-Fabrik J. Weinstock G.m.b.H. Berlin, Mohrenstr. 16 am Untergrund-Bahnhof Friedrichstraße.

Spezial-Behandlung. C. Weissert, Invalldenstr. 147, I. Etage, Ecke Bergstraße. Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen. Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung. Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12. Erste und Beste Heil-Anstalt Löser D. Skottl. Spezialarzt Dr.: Eöser senior. Harz- u. Blutuntersuchungen. Röntgen-Durchleuchtung etc. Elektrische u. mediz. Bäder. — Erfolgs. eigene Heilm. mode. nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Linienstraße, 9. 1. 4. 8. Sonnt. 9-11. Spezial-Behandlung K... Andreassstr. 75, Ecke Dresdener Str., am Schles. Hof. Sprechz. 10-12, 3-7, Sonnt. geschlossen. Harz- und Blutuntersuchungen.

Dr. med. Hollaender. Spezialarzt. Aufklärende Broschüre Nr. X. 250 M. gegen Nachnahme. Berlin, Leipziger Str. 108 | täglich 11-1, 3-7 Uhr, Hamburg, Kolonnenstr. 26 | Sonntags 11-1 Uhr. Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 56.

Pl.-Zähne nicht unter 7,50 M. Gold, Silber, Platin. Gänsefett! Seldnerfett, 100 g. 2,50 M. an. Gänsefett, 100 g. 1,50 M. an. Gänsefett, 100 g. 1,50 M. an. Gänsefett, 100 g. 1,50 M. an. Tasche, Belle-Alliance-Str. 98. Charl., Rail, Teichstr. 43. Willersdorf, Bernhardtstr. 136.

Wie kräftige ich meinen Körper? von Dr. Rich. Weiß. Sonderabdruck aus: 'Blätter für Volksaufklärung', auf Anfrage frei von Dr. Rich. Weiß, Berlin C 2, Probierstr. 12/14.

Meine großen Möbel-Läger. mit Speisekammer, Servierzimmer, Schlafzimmern, Feder- u. Gabelstühlen, Bütteln, Sofas, Leuchten, Schränken, Decken, Lampen, kompletten Räderanordnungen usw. haben zur Verfügung. Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, II. u. III. 186 nahe Kreuzberg. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7. Vor Verkauf von Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein) anrufen, ohne konkurrenzlose Preise Metallkontor, Alte Jakobstraße 186, Hallesches Tor. Moritzpl. 12838.







# Jandorf bringt heute:

**Deckbett** aus gutem Wäschetuch ..... **68.50**  
**Kopfkissen** dazu passend ..... **18.75**  
**Bettlaken** kräftige Qualität ..... **43.50**  
**Bettlaken** Daulas ..... **58.50**  
**Geschäftsschluß** abends 7 Uhr

**Sozialdemokratischer Verein Berlin (S.P.D.)**  
 Unser Mitglied  
**Emil Pankau**  
 wohnhaft Schwebler Str. 78, ist am 7. Dezember 1919 verstorben. 255 3  
 Eine feierliche Beerdigung erfolgt am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, Grotzmanns-Richthof, Nordend.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
 Der Vorstand.

## 20 öffentliche Volks-Versammlungen

- am Freitag, den 12. Dezember 1919, abends 7 Uhr:
1. Berlin NW.: Puffen-Gymnasium, Turmstr. 37.
  2. " NW.: Friedrich-Werder-Gymn., Bodamer-Str. 20.
  3. " N.: 188. Gemeindehalle, Müllerstr. 158/159.
  4. " N.: 48. Gemeindehalle, Kugelfstr. 67/68.
  5. " N.: 230./274. Gemeindehalle, Sonnenburger Str. 30.
  6. " N.: 22. Gemeindehalle, Panitzstr. 47.
  7. " NO.: Rönigkstr. Oberrealschule, Poststr. 44/46.
  8. " O.: 230. Gemeindehalle, Kugelfstr. 2.
  9. " O.: Rönigkstr. Oberrealschule, Elisabethstr. 6.
  10. " S.: Luisenpark, Oberrealschule, Desdeners Str. 113.
  11. Berlin S.: 100. Gemeindehalle, Reichenberger Str. 67/70.
  12. Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11.
  13. Neukölln: Götter-Gymnasium, Rathausstraße.
  14. Tempelhof: Viktoriapark, Am Tempower Park 25.
  15. Adlershof: Waldhaus, Kugelfstr. 67/68.
  16. Reinickendorf: 1. Mädchen-Haus, Dammstr. 124/127.
  17. Tempelhof: 2. Gemeindehalle.
  18. Schöneberg: Ullrichstr. 54/59.
  19. Charlottenburg: Götter-Gymnasium, Rühlstr. 5.
  20. Charlottenburg: Hindenburgstr. 22.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Kochen.  
 Erprobte und schmerzlose Behandlung.  
**Friedrichstr. 81**, gegenüb. Panoptik  
**Königsstr. 58/57**, gegenüb. Rathaus.  
 Spr. 10-1 u. 4-7, Sonntag 10-1.  
 Separates Damenzimmer.  
**30 Jahre lang**  
 treue Kunden u. tausende Anerkennungen höchster Zufriedenheit sind u. beste Zeugnis für meine gar. unschädliche **Nicolor-Haarfarbe** edel u. natürl. färbend. In all. Apotheken erh. Fl. 5,-, 8,-, 12,-. Dr. Otto Reichel, Berlin 63, Hindenburgstr. 4.

**Spöttliche Festgeschenke**  
 Ein neues Buch von **Ueberlein (R. Rüd.)**: **Seltene Geschichten aus Hoppegarten**. Geb. 8 Mark.  
**Halling**. Der Roman eines Weltweilers u. Welterschleiers. Von E. Riemann. 2 Bde. (A bis 10. B.) Gebd. 6 Mk. — **Der Lohndreher**. Halling in Ungarn. Roman von E. Riemann. Gebd. 6 Mk. — **Schnecken**. Das Pferd mit dem best. Instinkt. Roman. Von Peter Freund. 250 Mk. — **Das Verbot** der Dieder. Das 14. Jahrhundert erzählt. Von Otto von Guericke. 2 Bde. — **Das Double Event**. Eine Geschichte vom Reizende. Von Kai Guld. 2 Bde. Gebd. 600 Mk. — **Bombenflieger**. Luftkämpfer. Geschichten. Von Martin Handl. Gebd. 450 Mk. (4401)\*  
 Hierzu auf alle Werte der üblichen Zensurungsrechnung zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von **Hugult Neher Verlag, Berlin NW. 7, Doroteenstr. 23.**

**Zentralverband der Zimmerer Deutschlands**  
 Zahlst. Berlin u. Umg. (Westf. 14.)  
 Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Emil Pankau** am Sonntag, den 7. Dezember 1919, verstorben ist. Eine feierliche Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Dezbr. 1919, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofhalle des Friedhofs der Grotzmann-Gemeinde — Nordend — aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht.  
 Der Vorstand.

### Referat: „Die Arbeit der Sozialist im Elternrat.“ — Diskussion.

Proletarier, kommt in Raffen!  
 Der Verband soz. Lehrer u. Lehrerinnen Deutschlands u. Deutschösterreichs (Ortsgruppe Groß-Berlin)  
 Zur Bedung der Unkosten 20 Pfennig Eintritt, Arbeitslose und Kriegsbeschädigte frei.

## Achtung! Metallarbeiter!

Am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, nachmittags 6 1/2 Uhr, im „Pagenhofer“, Fildicinstr. 2/3:  
**Versammlung aller Metallarbeiter u. -arbeiterinnen, die auf dem Boden der S.P.D. stehen.**  
 Tagesordnung:  
**Fortsetzung der Aussprache über den Metallarbeiterstreik.**  
 1. Redner: Kollege Adolf Cohen.  
 Mitgliedsbeitrag der Partei und des Verbandes legitimieren.

## Automobilersatzteile-Versteigerung

Am 13. Dezember 1919, event. an den folgenden Wochentagen findet beim R. Veru-A., Verkaufsabteilung für Automobilwesen, Fil. Königsberg I. Pr., Verkaufsstelle Eibling, vormittags 10 Uhr beginnend, im Saale Hotel „Stadt Eibling“ eine öffentliche Versteigerung des gesamten Ersatzteillagers der Verkaufsstelle Eibling statt:  
 Es kommen zur Versteigerung:  
 Ersatzteile verschiedener Fabrikate, wie **Benz, Adler, Opel, Daimler, Mercedes, Wanderer, N.A.G., Bergmann, Büsing, Mulag** usw. für Personen- und Lastkraftwagen. U. a. ferner: **Magneto und Werkzeuge** für Kraftwagen.  
 Versteigerungsbestimmungen können an dem Besichtigungstage und am Versteigerungstage durch die Verkaufsstelle in Eibling bezogen werden.  
 Die zur Versteigerung bestimmten Gegenstände können am 13. Dezember von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags auf dem Gelände der Fliegerstraße besichtigt werden.  
 Jeder, der am 13. Dezember 1919 und an den Tagen der Versteigerung das Gelände betreten will, hat eine Büchekautions von 500 Mk. in bar zu hinterlegen. Hierfür wird im Verkaufsgeschäftszimmer ein Ausweis ausgegeben, welcher zum Eintritt während der Besichtigungs- und Versteigerungstage berechtigt.  
 Die Bezahlung der versteigerten Objekte muß sofort erfolgen. Es wird nur deutsche Reichswährung angenommen. Kriegsanleihe wird nur von solchen Käufern in Zahlung genommen, die den lückenlosen Nachweis liefern, daß die in Zahlung angebotenen Stücke aus ihren eigenen Zeichnungen herrühren. Der Nachweis ist den Stücken beizufügen. Er ist durch eine eidesstattliche Erklärung der Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle unter genauer Nummernangabe auf den vorgeschriebenen Vordrucken beizubringen.  
 An Zahlungs Statt werden angenommen und berechnet:  
 1. Zum Nennwert:  
 a) die 3-prozentigen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied,  
 b) die 3-prozentigen Schatzanweisungen der 1., 2. und 3. Kriegsanleihe,  
 c) die 4 1/2-prozent. Schatzanweisungen der 4., 7., 8. und 9. Kriegsanleihe;  
 2. zu 90% Prozent:  
 d) die 4 1/2-prozentigen Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe, Ausgabe 1914.  
 Der laufende Zinsschein bleibt am Stück. Der Käufer erhält die laufenden Zinsen zurückvergütet.  
**Eibling (Westpr.), den 8. Dezember 1919.**  
 Werkgebäude der Fliegerstraße.

## Stellenangebote

**Redakteur gesucht!**  
 Für ein mehrheitssozialistisches Parteiorgan (Industriegebiet) in allen Fächern erfahrener, **äußerst tüchtig, Schriftleiter** baldigt gegen entsprechendes Gehalt **gesucht.**  
 Offerten unter T 41 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 222/14\*

## Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Freitag, den 12. Dezember, präzis 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Cuckener Str. 15:  
**Außerordentl. General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
**Berichterstattung von der Tarifausschussung.**  
 Zutritt haben außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereiführer.  
**Ohne Legitimationskarte kein Eintritt.**  
 Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht.  
 Der Gauvorsitz.

## Bekanntmachung

betreffend den Erbschaft für einen verstorbenen Stadtverordneten.  
 An die Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Hermann Barothin tritt nach der von mir auf Grund der Bestimmung des § 8 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeinbesitzes vom 24. Januar 1919, sowie der §§ 16 und 50 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 24. November 1918, in Verbindung mit dem § 21 des Reichsabstimmgesetzes vom 20. November 1918 vorgenommenen Feststellung als nächster Bewerber aus dem Wahlbezirk Dr. Hermann Weyl der **Gastwirt Wilhelm Thiel, Berlin C 54, Räderstr. 7** als Erbschaft in die Stadtverordnetenversammlung ein.  
 Berlin, den 6. Dezember 1919.  
**Der Kommissar des Magistrats.**  
 Loehning, Stadtrat.  
 (Tgl. Nr. 1419, Wahl. 19)

## Die Stelle eines Parteisekretärs

(M. S. P.)  
 für den sozialdemoc. Unterbezirk **Soran-Nord** ist zum 1. Jan. 1920 zu besetzen. Bezeichnung: **Reisefähiger Parteimitglied**, agilit. u. organis. befähigt. Gehalt u. Befähigung von Anträgen und Gehaltsforderungen an den Vorstehenden **Paul Peltche, Soran-N., Heidestraße 21.**

Am 9. Dezember verstarb nach langem, mit großer Geduld getragenen Leiden mein lieber, guter, treuer, gütiger Mann, unser Vater, Sohn, Schwiegervater und Schwager, **Heinrich, Schwager, Reff und Ostel, 50**  
**Max Stripp**  
 im 51. Lebensjahre.  
 Klara Stripp, geb. Zaube, Frieda John, geb. Stripp, Rud. Hans John.  
 Beerdigung: Sonnabend, 12. nachm. 3 1/2 Uhr, auf h. alten Johanni-Richthof am Hermannpark.

**J. F. Rauch**  
 Brunnenstr. 174, nur neb. Goldsch. Busse, Friedrichstr. 11, Gr. Frankl. Str. 112 neb. Jandorf, Invalidenstr. 164.  
 Hauptkontor: N 4, Bergstr. 34, Norden 214.

**Echter JAMAICA-RUM. COGNAC.**  
**Endlich ein zuckergeräut, preiswert, kräftiger Likör.**  
 Vorzügliche Rotweine, Süsser Obstschamwein, Süsser Maltrank Fl. 3,75, Vorzügliche, billige, Bowlenweine.  
 Vertretung: Kustantl. Preuß. Brunnenstr. 76.

## Reichsverwertungsamt

**Verkaufsabteilung für Automobilwesen (Vaubl)**  
**Filiale Königsberg I. Pr.** Verkaufsstelle Eibling.  
 Es ist erwünscht und den Käufern gestattet, vor Beginn der Versteigerung bei der Versteigerungsstelle am 13. Dezember 1919 von vormittags 8 Uhr im Versteigerungszimmer eine Summe zu hinterlegen, auf Grund deren die Kaufstücken berechtigt sind, bis zur Höhe dieses Betrages zu steigen. — Diese Summe darf nicht überzogen werden. Wer keinen Betrag hinterlegt, hat jedes Los unverzüglich nach dem erfolgten Zuschlag bei der Versteigerungsstelle zu bezahlen. 12133\*

## Reisende sucht Zigarettenlager

**Ein tücht. Metzger** mit langjähriger praktischer Erfahrung in **Fleisch- und Schlachtpreparat.** — **ein Arbeiter**, welcher vollkommen mit der Bedienung einer Robleppmaschine vertraut ist, für sofort oder später von **Harbom- und Robleppfabrik** im besten Gehalt gesucht. Offerten unter **W. 43** an die Hauptexpedition dieses Blattes richten. 12132\*

## Wickler für die Unter- und Gebäuße-Widerei

werden sofort eingekauft **Mittel-Schwartzkopffwerke G. m. b. H., West-Bildau (R. Teltow).**  
**Kammacher u. Kräfer-Arbeiterinnen** finden Lamm & Böhm, Stadthausstr. 30. 12134\*

Mein allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau **Henriette Helms** geb. Deuss nach längerem Leiden am 7. Dezember verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Dezember, nachm. 3 Uhr im Hermannpark, Hermannpark, Rühlstr. 5, 106/7a, Hermannpark verbleibt.

## Spezial-Behandlung

**Harn- u. Blutuntersuchung, Höhensonnen-Beleuchtung, Sanabo-Behandlung, Aerztlich geleitete Heilanstalt, Dir. Hermanns, Elsassstr. 42, I. Spr. 10-12, 4-7, S. 9-10**

## Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

**Bekanntmachung.**  
 Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit zu der am **Freitag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Witzhaus „Hohenjoller“**, Witzstr. 2, hier, stattfindenden **Wahlversammlung** eingeladen.  
 Tagesordnung:  
 1. Festlegung des Wahlsystems für 1920.  
 2. Beschlußfassung über Gehaltsübertragungen.  
 3. Wahl des Ausschusses für die Festlegung der Rechnung des laufenden Jahres.  
 4. Bericht über die Tätigkeit des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.  
 5. Bericht des Ausschusses.  
 Berlin-Steglitz, 10. Dez. 1919.  
 Der Vorstand:  
 G. Elgölke, Vorsitzender.

**Musikalische Plaudereien.**  
 Sammlung von 20 der schönsten Vortragsstücke in mittlerer Schwierigkeit. Elegante kartoniert M. 9.— gebunden M. 12.—  
 Aus dem Inhalt:  
 Ballgehälter von Meyer-Helmund Sefira von Siede u. a. m.  
 Die prachtvolle Ausstattung Der reiche Inhalt Der mäßige Preis  
 stempeln den Band zu einem glänzenden Geschenkwerk  
 Berlin C., Gertraudenstr. 10-12.  
**Hermann Augustin**

## Erstklassige Karbidlampen

die besten von allen prima Ausführung, wundervolle, billige Beleuchtung, volle Garantie. Für Gastwirte, Cafés, Säle, Geschäfte, Priv. usw. **Wiederverkäufer hohen Rabatt.**  
**Heyse's Fahrradhaus**  
 Berlin, Oranienstraße 32  
 Berlin, Große Frankfurter Straße 143  
 Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 157.

## Austrägerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Ausgabestellen:  
 Berlin: **Wattstr. 9** — **Ackerstr. 174**, am Koppenplatz. — **Prinzenstr. 31**, Hof part. — **Fritze, Steglitzer Str. 37**, Laden. — **Markstr. 36** — **Döls, Immanuelkirchstr. 24** — **Melle, Petersburger Platz 4** — **Lindenstr. 3**, Hof part. — **Joseph, Wilhelmshavener Str. 48** — **Lausitzer Platz 14/15**, Hof part. — **O. Schmidt, Bäckerstr. 42**.  
 Neukölln: **Heinrich, Neckarstr. 2**.  
 Charlottenburg: **Sebenheimer, Straße 1**.  
 Steglitz: **Ziegelecker, Schildstr. 1**.  
 Wilmersdorf: **Gastiner, Straße 12**.  
 Lichtenberg: **Alt-Boxhagen 36, Wartenbergstr. 1**.  
 Reinickendorf: **Rosenthal: Paul Elpel, Edelweißstr.**

**Elektromotore**  
 Gleichstrom :: Drehstrom kauft  
**Ingenieurbureau Schlichting**  
 Berlin W 9, Linkstr. 10, Tel. Lützow 3765 und 8315.



# Groß-Berlin

## Die schweren Kämpfe mit den Vorkräubern.

Die weiteren Ermittlungen zur Aufklärung des Mieberfalls auf die Kriminalbeamten in der Guineastrasse und die Nachforschungen nach den entkommenen Verbrechern haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt.

In der Wohnung liegt der ältere der beiden Brüder in der Haft seine Briefstasche zurück. Diese wurde später von der Kriminalpolizei vorgefunden und gab Aufschluß über die Persönlichkeiten der entkommenen vermeintlichen Gebrüder Bogel. In der Tasche befand sich auch ein Bild, das von Vätern, die ermittelt und festgesetzt wurden, als das des Emil Vogel bestimmt erkannt wurde. Es ist jedoch in Wirklichkeit Emil Strauß, und selbst Frau Wehrens, die mit ihm ein Verhältnis unterhielt, und die anderen Gäste ahnten nicht, daß es sich um

### die schwersten Ein- und Ausbrecher Berlins,

die Gebrüder Erich und Emil Strauß, handelte, mit denen die Kriminalpolizei schon seit mehr als zehn Jahren in ständigem Kampfe steht. Beide sind ihr als die verwegenen Eindringler bekannt und sind von ihr auch schon wiederholt unter erschwerten Umständen dingfest gemacht worden. Aber ebenso oft, wie sie eingesperrt worden waren, gelang es ihnen auch, sich aus dem Gefängnis oder Justizhaus gewaltsam zu befreien, um sofort wieder ihre verbrecherische Tätigkeit aufzunehmen. Beide hatten auch ihre letzte langjährige Justizhausstrafe wieder dadurch verkürzt, daß sie aus dem Justizhaus in Augsburg, wo sie zuletzt untergebracht worden waren, entflohen. Sie wandten sich sogleich wieder nach Berlin, und auf ihr Konto kommen wahrscheinlich auch eine Reihe der letzten großen Einbrüche. Ebenso steht es außer Zweifel, daß die beiden Schwerverbrecher bei dem Postraub am Schlesischen Bahnhof ihre Hand im Spiel gehabt haben. Umfassende Nachforschungen zu ihrer Wiederergreifung sind sofort eingeleitet worden, doch hatten diese bis jetzt noch keinen Erfolg. Emil Strauß, der ältere der beiden Brüder, ist 32 Jahre alt, 1,82 Meter groß und hat verschiedene auffallende Tätowierungen: an der linken Hand zwischen Daumen und Zeigefinger eine Rakete, am rechten Mittelfinger einen Ring und auf dem rechten Unterarm eine Jungfrau und andere Bildnisse. Sein Bruder Erich ist 25 Jahre alt und ebenfalls an seinen Tätowierungen zu erkennen. Er hat an der linken Hand zwischen Daumen und Zeigefinger ein Herz, am rechten Arm eine Frauenbüste, ein Herz und andere Figuren.

Bei einer Durchsichtung der Wohnung wurden außer zwei Leergeschossenen Revolvern auch noch zwei Dolchmesser vorgefunden. Jucifelos besitzen die gefährlichen Verbrecher noch weitere Schusswaffen.

Von den verwundeten Beamten ist Kriminaloberwachmeister Erdmann am schwersten verletzt. Sein Zustand ist so bedenklich, daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird.

Zu dem Postraub am Anhalter Bahnhof erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Postfaktor Göpel gab bei seiner Vernehmung an, daß er bereits in der vergangenen Woche die Bekanntschaft seiner beiden Spiegelfellen, die er nicht näher kenne, gemacht habe. Er habe das „Arbeiterheim“ am Schlesischen Bahnhof aufgesucht, um dort einen alten Wollmantel zu kaufen. Dabei wurde er von zwei an einem Tisch sitzenden Männern gefragt, wozu er den Mantel brauche und wo er beschaffte sei. Als er ihnen sagte, daß er Postfaktor sei, hätten sie ihn freischalten und im Laufe des Gesprächs ihn gefragt, ob durch seine Vermittlung nicht ein „großes Ding“ zu machen sei. Die beiden Männer seien dann immer wieder an ihn herangetreten und er hätte sich auch schließlich bereitgefunden, mit ihnen gemeinsam den Postraub auszuführen. Der Plan wurde eingehend besprochen und die Rollen verteilt. Dolling, der gleichfalls ergriffen werden konnte, war bei dem Kraftwagen zurückgeblieben. Die Verhafteten wurden gestern wegen schweren Raubes dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der dritte Räuber wird noch gesucht. Er nannte sich Fritz, ist etwa 24 Jahre alt und 1,69 bis 1,70 Meter groß, hat einen Anflug von Schnurrbart und spricht Berliner Mundart. Bekleidet war er mit einem dunklen Über, einem dunklen Jackettanzug und einem grauen Hut, anscheinend Velourhut. Die Verletzungen der beiden verhafteten Räuber sind nicht lebensgefährlich.

## Die Gastwirte gegen die Wuchergerichte.

Im Wintergarten fand am Mittwochvormittag eine große Kundgebung des Berliner Gastwirts-gewerbes statt. Der Referent Syndikus Dr. Weiskamp wandte sich in

scharfster Weise gegen die Wucherverordnung, durch welche das Gastwirts-gewerbe auf das schwerste geschädigt, wenn nicht völlig ruiniert werde. Es bedeutet zumindest eine große Ungerechtigkeit, den Gastwirt dem Schleichhändler gleichzustellen. (Zuruf: Wir wollen freien Handel!) Die Verordnung über Wuchergerichte lege ein neues Recht fest, sie lasse das Moment der Erwerbsmäßigkeit bei dem Gastwirt vollkommen fallen. Der Gastwirt laufe Lebensmittel nicht, um damit Wucher zu treiben, sondern lediglich, um die gekauften Waren zu verarbeiten. Nach der neuen Verordnung könne ein Gastwirt selbst im ersten Fall des Schleichhandels mit Justizhaus bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe bis zu 500 000 Mark bestraft werden. Der Gastwirt ist aber kein Schieber. Verechtfertigt sei ein Vorgehen gegen die Inhaber von Kesselpöden mit ihren Wuchervereinen. Von diesen rüde jeder anständige Gastwirt weit ab. Der Schleichhandel, darüber sei man sich klar, beruhe doch nur auf der Unfähigkeit der Behörden, die Lebensmittel in Deutschland zu erfassen. Man wisse eben die Rot und den Hunger des Volkes nicht wirksam zu bekämpfen, sondern wurselte nur an der Oberfläche herum. Die Festsetzung von Höchstpreisen habe schon während des Krieges nur den Erfolg gehabt, daß die Waren von der Wildfläche veräußert wurden. Es sei eine Verleumdung, daß man damit der notleidenden Bevölkerung eine Hilfe vorpiegeln wolle. (Zuruf: Im Rathaus wird Schweinebraten serviert.)

Besonders scharf wandte sich der Redner dann gegen die Wuchergerichte. Es sei rechtlich unzulässig, daß diejenige Behörde, die die Anzeige erstatte, gleichzeitig in der Lage sei, der Staatsanwaltschaft ein Gutachten zu liefern. Der Ankläger dürfe — das sei ein fundamentaler Rechtsgrundsatz — niemals Recht sprechen. Bei der Errichtung von Wuchergerichten dürfe die Anklagebehörde nicht dem Staatsanwalt überlassen bleiben, der nicht immer juristisch vorgebildet zu sein brauche, da man täglich sehen könne, daß selbst die Staatsanwaltschaft, die doch die Gesetze kennen müßte, Rechtsgriffe mache. (Zuruf: Karol!) Besonders bedenklich sei, daß es gegen die Entschädigung der Wuchergerichte keine Veranlassung gebe. (Stürmische Enttäufung.)

Die Versammlung nahm schließlich eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Die Verordnung vom 27. November 1919 gegen den Schleichhandel schafft in dem Augenblick der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Standgerichte für das ganze Gastwirts-gewerbe einen neuen Ausnahmezustand, einen Justizhausparagrafen, der die dagegen verstößenden Gastwirte der Willkür der Staatsanwaltschaft ausliefern und ihnen das jedem Staatsbürger zustehende Recht der Verurteilung nimmt. Die Berliner Gastwirte legen flammenden Protest ein gegen diese ein großes und ehrliches Gewerbe aufs schwerste bedrohende Sondergesetzgebung. Sie erklären sich dieser unter keinen Umständen zu fügen und gegen sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen. Die schweren Strafanordnungen machen entweder die Gastwirte und Angestellten wehrlos und vernichten ihre Existenz oder zwingen sie zur Schließung der Betriebe. Mit Rücksicht auf das Publikum fordert die Versammlung die Regierung in letzter Stunde auf, die Schmach- und verhängnisvolle Sondergesetzgebung aufzuheben. Sie beschließen, sollte sie bis zum 16. ds. Mts. nicht erfolgt sein, vom 18. Dezember ab den Betrieb in den Hotels, Fremdenzimmern, Wein- und Bierrestaurants, Kaffeehäusern und Kambitorien einzustellen, so daß den Fremden nur Unterkunft geboten wird, ihnen aber Speisen und Getränke nicht verabfolgt werden. Die Verammelten setzen sich daher schon heute zu der bedauerlichen Maßnahme gezwungen, sofort allen ihren Angestellten zum 18. Dezember das Arbeitsverhältnis aufzukündigen, wodurch Tausende brotlos und Hunderttausende der Möglichkeit der Ernährung in den Gastwirts-gewerben beraubt werden. Die Verantwortung für diese Folgen trägt die Regierung.

Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein aus mehreren tausend Personen bestehender Demonstrationzug, der sich durch die Dorothien- und Wilhelmstraße nach dem Reichstagsgebäude begab. Die einzelnen Gruppen trugen Schilder, auf denen es u. a. hieß: „Wir protestieren gegen weitere Arbeitslosigkeit“, „Berliner, schließt Euch und uns“, „Die Gastwirte und Gehilfen gegen den Justizhausparagrafen“. Vor dem Reichstagsgebäude wurde eine Resolution verlesen und Ansprachen gehalten. Zum Reichstagsparterre entzündete man eine Deputation, die aber nicht empfangen werden konnte. Sie wird sich Donnerstag zum Abgeordnetentag begeben. Die Ruhe und Ordnung wurde durch diesen ersten Demonstrationzug nach der Aufhebung des Belagerungszustandes nirgends gestört.

Geld in der Tasche, im Langpalest ein junger Lebemann. Für die aber, die ihn näher kannten, war er ein Rätsel. Als heimlicher Polizeibeamter verdiente er gut und bekam reichliche Repräsentationsgelder, und trotzdem wußte man, daß sein Privatleben viel größere Summen verschlang, als seine Arbeit einbringen konnte.

Keller sagte einmal zu ihm: „Mein lieber Vicomte, warum machen Sie sich solche Ungelegenheiten. Sie könnten doch sorgen für Ihren eigenen Vermögen leben.“

Darauf antwortete der Vicomte: „Sie ahnen nicht, wie fürchtbar katastrophell es ist, sich zu amüsieren.“

Mit einigem Recht konnte man darum annehmen, daß der Vicomte die Beschäftigung bei der Polizei gesucht hatte, um einige Stunden totzuschlagen. Seine besondere Lebensaufgabe schien zu sein, die Langeweile zu bewahren und dabei hatte er die ganze Skala von Vergnügen und Zeitvertreib bereits durchlaufen, bis er zu dem Resultat gekommen war, daß das Vergnügen selbst ihm eine Quelle zum Lebensüberdruß war. Und darum hatte er andere Sensationen gesucht. Der Begriff Arbeit war ihm eine zeitlang Sensation gewesen, bis er die äußerste Potenz derselben in der unberechenbaren nervenaufreizenden Arbeit der Polizei gefunden hatte. Mit diesem Mann nun verhandelte Krag. Der Vicomte sah zusammengesunken in seinem Frühlingssilberzieher und wippte mit seinem blanken Nachhiesel auf und nieder während er Krag's Auseinandersetzungen lauschte. Seine Augen waren halb geschlossen, das Haar klebte ihm feucht an der Stirn; in diesem Augenblick, wo er halb zu schlafen schien, konnte man sehen, daß er trotz seiner Jugend vom Lebensüberdruß verheert war.

„Wenn ich Sie recht verstehe“, sagte er, „so soll ich Dora im „Pau“ auffuchen. Du, ich kenne sie, sie trinkt wie ein Schwamm und freijät so verflucht.“

„Darin müssen Sie sich finden.“

„Das werde ich auch. Haben Sie übrigens nicht bemerkt, daß alle verbrecherischen Frauen Dora heißen? Warum heißen sie nicht Cäcilia? Ich wage zu behaupten, daß Eltern, die ihr Kind Dora nennen, damit eine fürchtbare Verantwortung übernehmen. Wenn ich jemals eine Tochter bekomme, werde ich sie Cäcilia nennen. Damit habe ich getan, was

## Nochmals die Angestellten-Heimstätten!

In der Versammlung der Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestellte-Heimstätten am 7. Dezember sind heftige Angriffe gegen den preussischen Finanzminister gerichtet worden, weil er der Selbsthilfe-Organisation der Angestellten „aus fiskalischen Gründen“ unmöglich gemacht habe, eine Siedlung auf Dahlemer Gebiet anzulegen.

Dieser Behauptung, die der Wahrheit widerspricht, liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten erstrebt zu Siedlungszwecken den Erwerb fiskalischen Landes im Stadtbezirk Dahlem. Sie hat sich an die Staatsregierung mit der Bitte um Ueberlassung eines Baublocks am Bahnhof Thielplatz gewandt. Dieser Baublock liegt in dem zum höchsten Preise verwertbaren Teil der ehemaligen Domäne. Die Gesellschaft war dabei in der Lage, den dem wirtschaftlichen Werte entsprechenden Preis zu erlegen. Hingegen ist der Gesellschaft auf Dahlemer Gelände ein anderer an der Ahlendorfer Grenze, unmittelbar an dem geplanten Bahnhof Zehlendorf-Ost, auch sonst geeignet und in günstiger Verkehrslage gelegener Baublock angeboten worden, der für einen der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entsprechenden Preis abgegeben werden kann. Damit wird die staatliche Verwaltung allen berechtigten Ansprüchen der gemeinnützigen Gesellschaft durchaus gerecht.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die Ansiedlung von Angestellten in Dahlem unmöglich gemacht worden sei. Die Gesellschaft ist nicht gezwungen und hat auch keinen Anspruch darauf, gerade das teuerste Gelände in Anspruch zu nehmen. Der Staat darf andererseits kein Land einmal nach gesetzlicher Bestimmung, dann aber gerade jetzt angesichts seiner im Volke immer noch nicht noch Gebühre gewürdigten tröstlichen Finanzlage nicht unter dem Wert abgeben. Die Lösung kann also nur so gefunden werden, daß der Staat sein Interesse, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu fördern, dadurch betätigt, daß er da, wo er geeignete Land zu billigerem Preise zur Verfügung stellen kann, weitgehendes Entgegenkommen übt, wie es hier geschehen ist.

Nach dieser durch die R. P. R. herbeigeführten amtlichen Erklärung und der des Wohnungsverbandes Groß-Berlin (siehe Dienstags-Abendausgabe) gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß hier der Versuch gemacht wird, die Wohnungsnot der Angestellten zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen.

## Die Handelskammerwahlen in den Kreisen Teltow und Niederbarnim.

Am Mittwoch fanden in den Kreisen Teltow und Niederbarnim die Wahlen zur Handelskammer statt. Es wurden gewählt:

In den Gruppen Industrie und Großhandel: Kommerzienrat v. Borig, Friedrich Brandes, Dr. Eberhardt Kallenstein, Adalbert Fischer, Generaldirektor Marc Fuhs, Eugen Garbath, Dr. Paul de Gruyter, Kommerzienrat Eugenheim, Kommerzienrat Haberland, Kommerzienrat Henkel, Fritz Jucker, Kommerzienrat Dr. Kunheim, Richard Lehmann, Walter Raul, Dr. Heinrich Müller, Gebor Schweiger, Erich Spindler, Emil Fleiß.

In der Gruppe Kleinhandel: Emil Wiener, Leo Lehmann, Hermann Sachse, Oskar Schöten.

## Raubmord an einem Berliner Drochsenbesitzer.

Einem Kapitalverbrechen zum Opfer gefallen ist allem Anschein nach der 30 Jahre alte Drochsenbesitzer Arnold Schulz aus der Postoder Straße 52. Bei der hiesigen Kriminalpolizei lief Mittwoch die Meldung ein, daß in Priort bei Wustermark eine Berliner Pferdewirtschaft ohne Pferd und ohne Kutscher aufgefunden worden sei. Es konnte festgestellt werden, daß es sich um den Wagen des Drochsenbesitzers Schulz handelt. Schulz erzählte am 8. d. M. seiner Frau, daß er mit seiner Drochse eine Nachtschicht nach Döberitz machen werde, um von dort im Auftrage eines etwa 50 bis 60 Jahre alten Mannes ein Schwoein abzuholen. Im anderen Morgen werde er wieder zurück sein. Den ganzen Tag über und die folgende Nacht wartete die Frau vergebens auf ihn. Als Kriminalbeamte ihr mitteilten, daß der Wagen herrenlos aufgefunden worden sei, rief sofort der Verdacht auf, daß der Mann den Drochsenbesitzer mit seinem Fuhrwerk unter einer falschen Vorspiegelung aus Berlin heraufgelockt, ihn auf der Landstraße plötzlich überfallen und unfähig gemacht und dann mit dem Pferde als Beute davongezogen ist.

Die sofortigen Nachfragen ergaben auch, daß ein Mann in dem

in menschlicher Nacht steht, um sie vor der Verbrecherbahn zu retten.

„Ich soll also heute abend Dora die Kur machen, Gott, wie wird sie entzückt sein! Erst aber werde ich ins Grand Hotel gehen und mir ein Soupe zu Gemüte führen, Champagner, einen alten Cognac zum Kaffee, einen Whisky oder zwei, um Mut und Kraft zu bekommen. Darauf werde ich zu Dora eilen!“

„Denken Sie nicht ans Geld dabei.“

Pol hob müde die Augen.

„Dazu werde ich wahrscheinlich keine Zeit haben. Dora wird mir genug zu denken geben. Ans Geld pflegt übrigens Dora zu denken.“

„Vergessen Sie aber nicht, daß Ihr Freund, der Märchendichter, ein großer und gefährlicher Verbrecher ist, dessen wir habhaft werden müssen. Durch Dora.“

Pol war offenbar bereits in seine Berechnungen vertieft. Halb zu sich selbst sagte er:

„Ich nehme an, daß Hans Christian nicht im Lokal ist. Die wirklichen Freunde der Mädchen pflegen bei den abendlichen Belustigungen nicht zuzugehen zu sein. Er schwebt im Hintergrund. Hin und wieder hört man seine Stimme im Hause, wie ein drohendes Gemurmel hinter der Wand. Ich stelle mich als ob ich berauscht wäre, stark berauscht, obgleich es etwas anstrengend ist. Dann mit Dora nach Hause, Champagner nehmen wir mit. Geschlossenes Automobil, nein besser offenes, bravo. Dann schlafe ich auf dem Sofa ein und Dora beschützt mich versuchsweise. Ich bringe auf und schlafe einen furchtbaren Lärm, drohende, grobe Männerstimme hinter der Wand. Ich ergebe mich nicht, giesse Dora Champagner über den Kopf, Dora schreit. Die Tür wird aufgerissen und der Märchendichter stürzt herein. Ich wie die Rolle eines sinnlos Betrunknen, werde die Treppe hinuntergeworfen und gelange auf die Straße hinaus, wo ich einige Schutzleute über den Haufen zu rennen versuche, die mich verhaften. Ich aber geize erbittert auf eine falsche Hausnummer, während Dora und ihr Märchendichter hinter der Gardine stehen und sich tolnachen. Eine halbe Stunde später werde ich ins Polizeiamt gebracht, wo ich plötzlich nüchtern werde und zu Ihnen sage: „Lieber Krag, die Adresse ist Pelikanstraße 32. Versuchsweise.“

(Fort folgt)

## Montrose.

42] Detektivroman von Sven Eisebad.

„Zum Gegenteil, lieber Freund“, sagte der Vicomte, „ich komme direkt von zu Hause. Ich habe mich heute nachmittags um fünf Uhr schlafen gelegt. Sie können also selbst ausrechnen, daß ich zweieinhalb Stunden geschlafen habe. Ich bin wirklich sehr müde, werde aber bald ganz wach werden, besonders“, fügte er erschrocken hinzu, „wenn ich etwas zu tun bekomme.“

Hier ist es notwendig, einige Bemerkungen darüber einzuschreiben, was der Mann, den Krag Vicomte nannte, für eine Aufgabe hatte.

Vielleicht war er Vicomte, vielleicht auch nicht. Auf dem Polizeiamt aber kannte man ihn nur unter diesem Namen. Er zeichnete sich durch Vornehmheit, mehr aber noch durch Reichthum aus, die Repräsentationsrechnungen, die er bei der Administration einlieferte, brachten den alten Kassierer zur Verzweiflung. Da er aber ein lustiger und liebenswürdiger Mensch war, mochten alle ihn gern leiden und behandelten ihn halb nachsichtig, halb humoristisch — wie man einen auf-geweckten und jeden Knaben behandelt. Gleichzeitig aber hatte man auch Respekt vor ihm, denn er war nicht nur leichtsinnig, sondern auch mutig und verischlagen. Mehrmals hatte er der Polizei große Dienste geleistet. Man verwandte ihn in solchen Fällen, wo es weniger auf Handfestigkeit, als auf ein geschmeidiges, elegantes Wesen ankam. In den Klubs, wo niemand ahnte, daß er zur Polizei gehörte, ging er wie ein selbstverständlicher Gast aus und ein, er trieb munter mit in dem Strom der Bohemewelt, wo man ihn für einen Bildhauer hielt, und in der Halbwelt war er auf Grund seiner guten Laune und seines flotten Auftretens der Liebling aller. Er hatte viele Namen: Bei der Polizei nannte man ihn den Vicomte, in den Künstlerkreisen wurde er schlecht und recht Pol genannt und dieser Name folgte ihm auch in die Tanzlokale und Nachtclubs, in den Klubs ging er unter dem Namen de Mondel. Es klingt paradox, stimmt aber trotzdem mit der Wirklichkeit überein, daß er für die, die ihn nur flüchtig kannten, kein Rätsel war. Im Klub ein junger Edelmann, in Bohemekreisen ein angehender Künstler mit



angegebenen Alter gesehen worden ist, wie er auf dem Pferde reitend die Richtung nach Berlin eingeschlagen hat. Da von dem Droschkensührer keine Spur zu finden ist, so wird angenommen, daß der Verbrecher dessen Leiche irgendwo im Gebüsch verreckt hat. Nach Beschreibung von Zeugen ist der mutmaßliche Täter etwa 50 bis 60 Jahre alt, hat einen Spitzbart und trägt hässliche Kleidung. Meldungen über ihn nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

**Von der Massenpeisung.** Die Klagen über die vom Magistrat Berlin veranstaltete Massenpeisung mehren sich in letzter Zeit beträchtlich. So sind wiederholt in dem Essen Holzabfälle und ähnliche für menschliche Nahrung zweifellos ungeeignete Bestandteile gefunden worden. Es dürfte wenig Mehrarbeit erfordern, die Speisen zum mindesten in tadellos sauberem Zustande zu liefern; das ist wohl das geringste, was die ohnehin anspruchslosen Teilnehmer der Massenpeisung beanspruchen können. Ferner: wo bleibt das Fleisch, für das man Marken abzuschneiden niemals vergißt?

**Gehaltsforderungen der Krankenhausärzte.** Wie und geschrieben wird, haben die Krankenhausassistenten Berlins sich mit einer Denkschrift an den Magistrat gewandt, da sie ihre Gehaltsregelung von neuem verzögert sehen. Sie machen auf die zahllosen Nachteiligungen aufmerksam, die ihnen — den anderen Angestellten der Krankenhäuser gegenüber — von beiderseitiger Seite widerfahren sind. Sie wurden während des ganzen letzten Jahres auf Grund ihrer auf drei bzw. fünf Jahre befristeten Anstellung bei allen Aufbesserungen der Angestellten als Nichtangestellte, bei allen Abzügen und Beschränkungen dagegen in voller Billigkeit zu den Angestellten gerechnet. Dieser Zustand hat beispielsweise in der Gehaltsfrage dazu geführt, daß der Hausdiener 6789, der Wärter 6740 — der Assistenzarzt 4740 M. jährlich verdient. Die Ungerechtigkeit dieser Zustände werde noch vermehrt dadurch, daß die Angestellten den Achtstundentag, besondere Vergütung der Sonn- und Festtagsarbeit, Aufbesserung der Verpflegung, freie Wäsche und Dienstkleidung und manche anderen Vorteile genießen, an denen der Arzt keinerlei Anteil hätte. Vom Geiste der Demokratie sei in den häßlichen Krankenhäusern noch wenig zu spüren, eher von einem Auf-den-Kopf-Stellen der früheren Verhältnisse.

**Die Anstaltskasse der Volkshausarbeiten** wird am 24. Dezember bereits um 5 Uhr nachmittags geschlossen. In den beiden Weihnachtsfesttagen und am Neujahrstage ruht der Betrieb der Anstaltskassen völlig.

**Rechtsan. Gegen den Deutschnationalen Jugendbund** richtet sich folgender Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am Freitag eingebracht hat: „Nachdem der Deutschnationalen Jugendbund auf der letzten Versammlung, die er in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag eingebracht hat, daß er Tendenzen verfolgt, die nicht nur die Republik schädigen, sondern sogar die Wiederaufrichtung der Monarchie und die Wiedereinführung des Militarismus zum Ziel haben, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß jede Agitation dieses Bundes an unseren Verhältnissen unterbunden wird. Gegen Schulleiter und Lehrkräfte, die diese Agitation auch weiterhin dulden oder unterstützen, ist das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Entlassung aus dem Amte zu beantragen.“

**Mariendorf-Ebene.** Aus der Gemeindevertretung. Eine dringende Sitzung beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Antrag der Beamtenschaft auf Gewährung eines Gehaltsvorzuschusses. In einem Schreiben hatten die Gemeindebeamten Protest eingelegt gegen die in der Sitzung vom 4. d. M. erhobenen Beschlüsse, wonach von ihrer Seite „Sobotage“ getrieben würde. Im Schreiben bringen die Beamten ferner zum Ausdruck, daß Verletzungen einzelner nicht von ihnen ausgehen würden, sondern daß die Verletzenden ohne Rücksicht zur Verantwortung gezogen werden müßten. Der Ton des ganzen Schreibens war aber ein derartiger, daß angenommen werden mußte, dem Verfasser waren die Vorgänge, welche zu dem Beschlusse der Gemeindevertretung vom 4. d. M. geführt haben, gänzlich unbekannt. — Genosse Deiner legte deshalb nochmals kurz die Gründe dar, welche daranlaß haben, so zu verfahren. Eine Dringlichkeit, deshalb in einer besonderen Sitzung innerhalb 48 Stunden zusammenzukommen, wurde daher von dem Redner nicht anerkannt. Keiner wolle den Beamten den Vorschlag verjagen; jedoch eine bewertige Notlage der Beamten, wonach dieselben nicht nach 8 Tage bis zur nächsten Sitzung warten könnten, kann nicht anerkannt werden. Der Demokrat äußerte, welcher in der letzten Sitzung nicht anwesend war, glaubte sich der Beamtenschaft ganz besonders als Vertreter ihrer Interessen vorstellen zu müssen, wobei er unseren Vertretern den Vorwurf machte, sie ließen sich aus Sensationslust von den Unabhängigen ins Schlepptau nehmen. Durch dieses provokatorische Auftreten kam es zu erregten Zwischenrufen. Einer Aufforderung, den Redner zur Ordnung zu rufen, kam der Gemeindevorsteher nicht nach. Nachdem nach Hesse (Bürgerlich) und Gärtner (Demokrat) für die Dringlichkeit der Sache eingetreten waren, wurde infolge der Stellungnahme des Bürgermeisters zu der Lüschenschen Proklamation durch Verlassen des Sitzungssaales durch die Unabhängigen und unsere Genossen die Versammlung beschlußunfähig gemacht. — In Anbetracht der stürmischen Vorgänge

in den Sitzungen vom 4. und 6. d. M. gab der Gemeindevorsteher Lindhorst (Bürgerlich) die Erklärung ab, daß er sein Mandat niederlege.

**Tegel. Gemeindevertretung.** Für den ausgeschiedenen Armenpfleger Horn wird Kaiser (M. Soz.) gewählt. — Die Wahl des Gemeindevorsteheres war in der letzten Sitzung vertagt worden. Die Kommission stellt erneut Dr. Drucker und Dr. Vanniwitz zur Wahl. Ein Antrag der Unabhängigen, den Gemeindevorsteher durch Urvwahl wählen zu lassen, wurde abgelehnt. Ueber die Kandidaten selbst sprach Kaiser (M. Soz.) für Dr. Drucker, der als Sozialdemokrat auch ein guter Sozialpolitiker sei. Gen. Geny führte aus, daß es sich für uns nicht darum handele, einen guten Parteimann als Gemeindevorsteher zu haben, sondern einen wirklich tüchtigen Arzt. Er trat für Dr. Vanniwitz ein. Thomas (M. Soz.) konnte es sich nicht verkneifen, bei dieser Gelegenheit seine bekannten Phrasen an den Mann zu bringen, wurde aber von unserm Genossen Hofes zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß wir bisher immer ehrlich gekämpft hätten. Gewählt wurde Dr. Vanniwitz. — Einige kleinere Punkte wurden ohne Diskussion erledigt. — Die Anstellung von zwei Privatangehörigen der Gemeinde als Beamte auf Kündigung wurde nach längerer Debatte beschlossen. — In die Gesundheitskommission wurde Dr. Kahle gewählt. Bei dieser Gelegenheit wird auch beschlossen, daß die Bürgerdeputierten in den Kommissionen nur beratende Stimme haben.

**Rudow.** Eine Gemeindevertretung unter Anwesenheit des Genossen Schlamming als Vertreter des Landrats fand am Freitag statt. Der Vertreter des Landrats sollte feststellen, ob der Gemeindevorsteher Rahnke die Geschäfte in der Sitzung auch so führt, wie es durch eine sechsstündige Verhandlung auf dem Landratsamt vereinbart war. Da sich Herr Rahnke befehligte, entsprechend zu verfahren, so verlief die Sitzung auch so, wie es in einem Parlament üblich ist. Ein Teil der sehr zahlreich erschienenen Zuhörer kam deshalb nicht auf seine Kosten. — Den Vereinbarungen gemäß mußte H. Rahnke vor Beginn der Tagesordnung wieder Erklärungen und am Schluß Anregungen und Wünsche entgegennehmen. — Die Absehung des Arbeiterrates wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt, auch darf der Arbeiterrat wieder die Äkten einsehen. — Bei der Beratung des Ordisstatuts betr. Aufhebung der Gemeindevorsteher- und -angestellten, die nicht fest angestellt sind, wurde von dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hervorgehoben, daß durch Annahme des Antrages das ungleiche Verhältnis beseitigt werde zwischen Gemeindevorsteher und -beamten. Es erfolgte darauf einstimmige Annahme. — Um die Milchproduktion zu heben, wurde der eine Vorschlag der Finanzkommission akzeptiert, wonach ein Prämienystem für reichliche Milchlieferung eingeführt werden soll.

**Coblenzendorf.** Die wahrheitsliebende „Freiheit“. In ihrer Ausgabe vom 3. Dezember berichtet die „Freiheit“ über eine am Orte stattgehabte Versammlung, die das Verhalten der Rechtssozialisten geißelt, die in einer peinlich genau gesiebten, von Bürgerlichen und Rechtssozialisten besuchten Versammlung beschlossen hatten, den kommunalen Arbeiterrat zu beseitigen. Nach dem Bericht hielten es die Sozialdemokraten nicht für nötig, irgendwelche Gründe für ihr Vorgehen vorzubringen. Das soll selbst unserem Genossen Tiedt zu weit gegangen sein, so daß er sein Mandat zur Gemeindevertretung niederlegte. Auch in einer öffentlichen Versammlung sollen es unsere Genossen nicht gewagt haben, das Vorgehen gegen den Arbeiterrat zu motivieren.

Dazu wird uns geschrieben: Die Rechtssozialdemokraten, die bereits im August aus dem Arbeiterrat ausschieden, hatten schon bei der Beratung eines bürgerlichen Antrages, der dem Arbeiterrat das Mitbestimmungsrecht entziehen wollte, zum Ausdruck gebracht, daß an einen Abban des Arbeiterrates nicht eher gedacht werden kann, bis die Wahlen zur Gemeindeverwaltung auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechts erfolgt seien. Die Gründe für unsere Stellungnahme gegen den Arbeiterrat waren nach der erfolgten Wahl gegeben. Außerdem hatten wir aber mancherlei an dem Arbeiterrat auszuweisen. In einer öffentlichen Versammlung vom 10. November erhob der Vorsitzende unseres Wahlvereins gegen den Arbeiterrat u. a. den Vorwurf, daß er aus eigener Machtvollkommenheit, ohne die Gemeindevertretung zu befragen, seine Bezüge erhöht habe. Außerdem wurde ihm Pflichtverletzung bei der Kohlenversorgung vorgeworfen. Es wurde festgestellt, daß im Monat Oktober 80—90 Proz. unberechtigte Kohlenabschnitte geliefert wurden. Ferner hat der Vorsitzende des Arbeiterrates am 21. Juli auf dem Gemeindevorsteher versucht, die Gemeindevorsteherin zum Demonstrationstreif zu bewegen. Außerdem gab er sich große Mühe, den Vorsitzenden der S. P. D. auf dem Bureau der Metallarbeiter als Rechtssozialist zu denunzieren und seine Entlassung zu erwirken.

In einer geheimen Abstimmung beschlossen unsere Genossen

in einer der nächsten Gemeindevertretersitzungen den Antrag auf Auflösung des Arbeiterrates zu stellen. Wie groß die Zahl derjenigen ist, die für seine Beibehaltung sind, wird die Abstimmung aller über 20 Jahre alten Gemeindeglieder ergeben, die wir in unserem Antrage verlangt haben. Wenn die „Freiheit“ behauptet, daß unser Genosse Tiedt wegen dieser Vorgänge sein Mandat niedergelegt hat, so entspricht das wiederum nicht der Wahrheit. Vielmehr zwangen ihn wirtschaftliche Gründe dazu.

Wir sehen uns genötigt, mit der Neuen bürgerlichen Fraktion einen Mehrheitsblock zu bilden, weil die durch keinerlei Verantwortungsgefühl getriebene Politik der Unabhängigen ein längeres Zusammenarbeiten mit dieser Partei unmöglich machte. Nicht, wie in der Versammlung, über die die „Freiheit“ berichtet, behauptet wurde, aus Feigheit meiden wir die Versammlung der Unabhängigen, sondern darum, weil eine sachliche Auseinandersetzung mit diesen „Sozialisten“ ebenso unmöglich ist, wie mit ihren kommunistischen Freunden.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

**Berlin.** Vom 12. Dez. ab tritt für die A-B-Wirtschaften die Verteilungsliste 7 in Kraft. Es werden die A I-Karten mit 1 Liter, die A II-Karten mit 1/2 Liter, die B I-Karten mit 1/2 Liter, B II-Karten mit 1/4 Liter Milch geliefert. Die übrige Milchlieferung bleibt dieselbe wie bisher.

**Groß-Berlin.** Vom 12. d. M. ab tritt für die A-B-Wirtschaften die Verteilungsliste V in Kraft. Es werden die A I-Karten mit 1 Liter, die A II-Karten mit 1/2 Liter, die B I-Karten mit 1/2 Liter, B II-Karten mit 1/4 Liter Milch geliefert. Die übrige Milchlieferung bleibt dieselbe wie bisher.

**Mariendorf.** Bis heute erhalten alle Personen, die in die Evakuationslisten eingetragen sind, je 125 Gramm Kaffeebohnen (2,95 M. je Pfund). Auf die beiden Abteile W 24 der Einfuhr-Zulasskarte bei den Milchhändlern bis einschließlich 14. 250 Gramm Jerventmehl auf jede Karte (0,35 M.) Entnahme bis spätestens 14. Dezember.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Heute 6 1/2 Uhr im Pagenhofer, Berlin, Fildinstr. 23:

#### Versammlung

aller Metallarbeiter und Arbeiterinnen, die auf dem Boden der S. P. D. stehen. Mitgliedsbuch der Partei und des Verbandes legitimiert.

Eine Konferenz aller in der Jugendbewegung tätigen oder sich für dieselbe interessierenden Genossen und Genossinnen findet am Sonntag, vorm. 1/10 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof III links, statt. Tagesordnung: Mitarbeit der Erwohnenen. Ref.: Gelb. Jede Mitteilung, jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Konferenz aller Funktionäre der Arbeiter und Angestellten der H. G. G. Brunnenstraße, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, am Freitag 3 Uhr, im Lokal von Krüger, Lustenstraße, Ecke Sauerstraße.

Mitglieder. Heute abend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der III. Gliederzeitung. Tagesordnung: Der Kampf der Reaktion in den Gemeinden gegen den Sozialismus. Referent: Genosse Heinrich Kaufmann.

Frederksdorf (Dahau). Heute 8 Uhr zahlend bei Gronsdahn.

### Bildungsveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Freitag 7 Uhr im Rathaus, Sitzungssaal IV: Vortragabend über: „Das Arbeiterprogramm“.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie (Bezirk Köpenick). Mitgliederversammlung, Freitag, 1/10, bei Probosta, Boddin, Ecke Parit. Tagesordnung: Der Parteilager der U. S. P. D. (Genosse Hütel). Sozialisten als Gäste willkommen.

Arbeitervereine und Friedensvertrag. Ueber dieses Thema spricht im Rahmen der Vorträge der Liga für Arbeiterbund am Sonnabend, nachmittags von 4—6 Uhr, der Reichspolitiker Gieseler. Der Vortrag findet unter den Linden 78 in den Räumen der Liga für Arbeiterbund statt. — Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Freitag, 7 1/2 Uhr, in der Siemens-Überrealschule, Charlottenburg, Schloßstr. 27: Dr. Logmann: „Das Schulprogramm“.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Nächster Weihnachtsfeier sind es, die nur einzig sorgsam praktische Dinge zeigen. Ein klein wenig kann auch der Lebhaftigkeit geopfert werden. Wer an guten Kunstwerken Freude hat, dem bietet sich Gelegenheit, völlig kostenlos zu einer Originalübertragung zu kommen, indem er seinen Krebs so praktische Dinge wie Stiefel oder Kleider, Hüte oder Seidenstoffe schenkt. Die Firma Lesser gibt ihre Weihnachtsfeier mit einer vornehmen Kappe aus, die eine grobe Originalübertragung des bekannten Malers Jellingrod enthält. Die Ausstellung der Kunstwerke erfolgt in beschränkter Anzahl in den Befamten Reitergeschäften.

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend S. G. m. b. H.

Zentrale: Berlin, Prenzlauerberg, Rittergutstr. 16-26.

## Die Eröffnung des Manufakturwaren-Lagers, Brunnenstr. 188-190, findet am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, mittags 1 Uhr, statt.

Zum Verkauf gelangen:

Leinen- und Baumwollwaren  
Kleiderstoffe und Seide  
Weißwaren  
Taschentücher  
Schürzen

Wäsche  
Futterstoffe  
Trikotagen  
Wollwaren  
Strümpfe

Handschuhe  
Blusen  
Pelzwaren  
Schuhwaren  
Damen- und Kinderkonfektion

Herrenartikel, Schirme u. Stöcke  
Gardinen  
Portieren  
Teppiche  
Wachstuche

usw.

## Verkauf nur an Mitglieder.



trotzdem zu dem Entschluß kamen. Das beweist, daß die Körper-  
schaft, die über die Übertragung der Kontingente zu befinden hat,  
eine andere Zusammensetzung erfahren muß, und zwar baldigt,  
daß vor allen Dingen auch Vertreter der Arbeiter an ihr teilneh-  
men müssen. Das Reichswirtschaftsministerium, an  
welches Beschwerde gegen diesen Entschluß erhoben wurde, wird  
hoffentlich auch in der Zusammensetzung der Kontingentstelle das  
Nötige veranlassen.

Das Reichswirtschaftsministerium sollte sich mit dieser Materie  
überhaupt eingehender befassen, um Schieber- und Wucherer-  
geschäfte und nicht notwendige Betriebsstilllegungen zu verhindern, die nicht  
von wirtschaftlicher Notwendigkeit notiert sind. So wird un-  
bedingt, daß eine Großbrauerei schon ein halbes Hundert Brauereien  
aufgekauft, den größten Teil stillgelegt und ausgeschlachtet hat,  
richtige Summen dabei verdient und sogar die wertvollen Ma-  
schinen nach dem Ausland verkauft hat. Das ist doch  
auch eine Frage, die die Regierung interessieren dürfte und wogegen  
sie einschreiten möchte.

Ob die Angelegenheit nicht auch den Staatsanwalt und  
die Wuchergerichte interessiert, ist eine Frage, die hier nicht  
entschieden werden kann.

## Im Zeichen der Wohnungsnot.

In Belgien an der Elbe, einem Städtchen von noch nicht  
3000 Einwohnern, haben die dortige Waldjagd zwei Leisiger  
Herren inne; der eine ist Kommerzienrat Huppeld, der be-  
kannnte Altvaterfabrikant, der andere ein Herr Sommer, Inhaber  
einer Papiergroßhandlung. Außer diesem Jagdrevier besitzt Herr  
Huppeld noch ein anderes in Schönau in Sachsen. Beide Herren  
sind glückliche Besitzer von zwei Villen in Leipzig. Um nun auch  
während des Jagdaufenthalts landesgemäß wohnen zu können,  
steht in Belgien eine eigene Jagdvilla mit sieben Zim-  
mern und allem sonstigen Zubehör (Autoschuppen usw.) zur Ver-  
fügung. Allein das genügt noch nicht. In der Försterei sind  
zwei weitere Zimmer an die Herren von der Stadt aus verpachtet.

Letztere werden seit September des Jahres von der Witwe  
des im März verstorbenen Förstlers Lange bewohnt, da diese  
in Belgien trotz aller Mühe keine Wohnung finden konnte. Jetzt  
berlangen die Herren die Räumung der Wohnung. Auf wiederholte  
Vorstellungen schied Herr Sommer:

„Am Aben unser größtes Entgegenkommen zu be-  
weisen, haben Herr Huppeld und ich vereinbart, Ihnen die  
Räume bis 1. November 1919 zu überlassen. Nach diesem Ter-  
min ist jede weitere Benutzung ausgeschlossen, da  
wir selbst und unsere Gäste dann die Räume bewohnen werden.  
Sie wollen gefl. dementsprechend Ihre Dispositionen treffen und  
am 31. Oktober 1919 Herrn Förster Damm die Leeren Zim-  
mer übergeben.“

Inzwischen fand am 18. November d. Js Termin in der  
Sache statt, da die Frau Lange die Wohnung nicht räumen konnte,  
weil sie trotz lebhaftester Bemühungen ein anderes Unterkommen  
nicht hatte finden können. Auf Antrag der Besoggen wurde der  
Termin verschoben. Als Antwort auf eine Aufforderung an die  
Leisiger Herren, die Klage zurückzunehmen, schreib: Ihre  
Klagevertreter, Herr Justizrat Hillebrand, Leipzig.

„daß Ihnen Frist zur Räumung bis zum 1. Januar 1920  
gegeben wird... Falls Sie nicht bis Ende Dezember ausge-  
zogen sind, werde ich den Prozeß wieder aufnehmen.“

Ein ganzer Apparat also, bestehend aus zwei Vertretern des  
Großkapitals, den Herren Huppeld und Sommer, wie einem  
ihnen willfährigen Justizrat, wird aufgeboden, um eine arme  
Försterwitwe aus ihrer bescheidenen Wohnung zu drängen, nur  
damit die Herren ein „bescheidenes“ Unterkommen für ihre  
Gäste haben. Es ist dringend zu hoffen, daß die maßgebenden Re-  
gierungsstellen rücksichtslos eingreifen und so die Woh-  
nungsnot zu beseitigen helfen, die — wie hier zu sehen — viel-  
fach erst auf Grund anrüchlicher und rücksichtslos bru-  
taler Unternehmerrgeizung entsteht.

gen, Holzständer, Tafeln, Vorräten, Bräutigangelande usw. Nichts,  
was brennbar ist, wird verschont. Aus einem Gemeindevorstands-  
schreiben wird bekannt, daß sogar der Friedhof in Albern von Wiener  
Goldgräbern verwüetet wurde: „Der Friedhof wurde nicht nur seiner  
hölzernen Umzäunung und der Grabsteine beraubt, sondern es  
wurde auch die darin befindliche Leichenkammer samt den darin  
befindlichen hölzernen Särgen und Werkzeugen demoliert und  
fortgeschwemmt.“ Gegen solche Zustände des Elends kann nur die  
schnelle Hilfe aller aufkommen.

Die Durchschnittdrehwindigkeit der Großflugzeuge in ver-  
schiedenen Höhen besprach in der gestern im Flugverbandhaus ab-  
gehaltenen Sitzung der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt  
Prof. A. Baumann-Stuttgart. Da der Wind in 6000 Meter Höhe  
etwa 15—20 Sekundenmeter schneller ist als am Boden, so werden  
aus Gründen der Ökonomie diese Flugzeuge nach Möglichkeit große  
Höhen auf ihren Reisen benutzen müssen. Immerhin bieten die  
gegenwärtigen Verhältnisse für die Durchführung eines geordneten  
Reisebetriebes außerordentliche Schwierigkeiten. Nach Ansicht  
Prof. Baumanns wird man für den später einsetzenden Luftreise-  
verkehr Groß- und Kleinflugzeuge entsprechend der Entfernung ver-  
wenden müssen. Vor allem seien internationale Luftverkehrs-  
linien festzulegen, welche die Hauptstädte Europas berühren. Für das  
Großflugzeug können hierbei Strecken von 500 bis 1000 Kilometer,  
höchstens bis 1500 Kilometer in Frage. Bei größeren Entfernungen  
müsse das Großflugzeug mit der Konkurrenz des Luftschiffes rechnen,  
das heute schon Geschwindigkeiten von 135 Kilometern in der  
Stunde erreicht und dessen Geschwindigkeit sich noch weiter steigern  
lasse.

Neues vom Kino. Im Ständi-Haus am Alexanderplatz ist das  
„Ständi-Theater“ eröffnet worden, das seine Filme im  
hell erleuchteten Raum vorführt. Der Erfolg ist gering — das  
Bild ist unscharf, wie verschleiert, und die Aufmerksamkeit des Be-  
schauers, abgelenkt von allen falschen Nebendingen, kann sich nicht  
optisch konzentrieren.

Unter den Linden 21 hat sich ebenfalls ein großes Kino „Viel-  
spiel-Palast“ aufgetan, das mit dem bekannten Oskwaldfilm „Un-  
heimliche Geschichten“ autowartete.

In einer Pressevorstellung im U. T. Kurfürstendamm gab es  
einen ethischen Film „Misericordial Tötet nicht mehr!“  
Als ein Leidenfilm, der wohl in diese von Nord und Tod er-  
füllte Zeit paßt. Leider reicht die Filmbild nicht aus; auch vielen  
einzelne Darsteller zu sehr für sich. Viele Vorstellungen sind Son-  
ntag vormittag statt — ein Unfug, der hoffentlich bald wieder ab-  
geschafft wird.

Die Generalversammlung der Schillerkristung, die sich nach den  
bis jetzt vorliegenden Meldungen eingehend mit Aylers Reformvorschlügen  
beschäftigte, wählte Heinrich Illenfeld, dessen dramatisches Schaffen  
zuletzt durch das Schauspiel „Der Oster von Libera“ zu reger Beachtung  
gelangte, zum Generalsekretär.

Pontane-Bedenken. Die Gesellschaft für Idealtheater hat veran-  
laßt am 14. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Staatstheater eine Beden-  
kenfeier, bei der A. Vondra, Otto Ulmer, A. Oregori, Karla Strauß, Ida  
Wahl, H. Schindler mitwirkten. — Der Verein für die Geschichte Berlins  
hat zu Pontane-Salutierung eine Festkrone herabgegeben, die all-  
gemein beliebt ist.

## Monarchisten in Frankreich.

Nach dem endgültigen Resultat der franzö-  
sischen Kammerwahlen ist festzustellen, daß die  
Wahlen vom 16. November nicht allein eine Niederlage der  
französischen Sozialisten, sondern auch einen Sieg der  
ausgebrochenen Feinde der republikani-  
schen Staatsform in Frankreich bedeuten.

Denn nicht allein die 31 Konservativen sind als  
Royalisten zu betrachten, sondern auch die 69 Vertreter  
der Action Libérale. Letztere Partei besteht nämlich  
aus jenen Monarchisten, die in den neunziger Jahren auf  
ausdrückliche Empfehlung des Papstes Leo XIII. unter der  
Führung des Grafen Albert de Mun sich verpflichteten, der  
Republik insofern keine Hindernisse in den Weg zu legen,  
als sie von einer tätigen Propaganda für den monarchistischen  
Gedanken fernerhin absahen. Dies geschah selbstverständlich  
nicht aus Ueberzeugung, sondern aus taktischen Gründen. In  
den letzten Jahren vor dem Kriege war diese Partei sehr un-  
bedeutend geworden, und nun hat sie mit einem Schlag mit  
Clemenceaus Hilfe die Zahl ihrer Sitze mehr als verdoppelt.  
Mit den 31 Konservativen bilden sie einen recht ansehnlichen  
Block von genau 100 Abgeordneten, denen die  
Republik ein Greuel ist.

Aber nicht genug damit, der große Sieger dieser Wahlen  
ist jene Partei der Progressisten, die ebenfalls nur aus  
taktischen Gründen keine tätigen Gegner der Republik waren,  
aber nach ihrer ganzen Vergangenheit bei etwas verschobenen  
Parteibeziehungen jederzeit auch anders könnten. Man  
nennt sie daher auch die „Opportunisten“. Die Pro-  
gressisten haben mit „Fortschritt“ ebensowenig zu tun, wie die  
Action Libérale mit Liberalismus. Sie sind nicht allein  
nationalistisch, sondern auch clerikal geinnt. Ihre Glanzzeit  
war die Dreifachperiode, wo sie unter Führung des damaligen  
Ministerpräsidenten Méline eine Politik betrieben, die ohne  
den heldenhaften Widerstand von Bolo, Jaurès und — Cle-  
menceau unrettbar in die Militärdiktatur gemündet hätte.

Auch diese Partei war bis zum Regierungsantritt Poin-  
carés sowohl zahlenmäßig wie auch faktisch verhältnismäßig  
unbedeutend. Bei den wirklichen Republikanern wurde sie  
als republikanisch unzulänglich angesehen. So trat Briand  
Ende 1910 nach einem Vertrauensvotum der Kammer zurück,  
weil dieses zwar zahlenmäßig für ihn günstig ausgefallen  
war, aber weil er sich weigerte, letztere als Bestandteil der  
republikanischen Mehrheit anzuerkennen. Erst unter Poin-  
carés wurden sie zur Mitarbeit an der Regierung heran-  
gezogen.

Jetzt haben die Progressisten die Zahl ihrer Mandate  
mehr als verdoppelt. Der jetzt zum Minister des  
öffentlichen Unterrichts neuernannte Abgeordnete Dubois ge-  
hört zu ihnen und ist außerdem ein fanatischer Katholik. Daß  
dieser Mann dazu berufen ist, an der Spitze der weltlichen  
Schule zu stehen, ist ein sehr bedenkliches Zeichen der neuen  
reaktionären Zeit.

Das sind allein 233 Abgeordnete, die man vor  
dem Kriege als Feinde der Republik betrachtet hätte.  
Der republikanisch unbedingt zuverlässige Gegenblock be-  
steht hingegen nur aus 70 Sozialisten, 140 Radikalen, 27 Re-  
publikanischen Sozialisten und 133 sogenannten Links-  
republikanern. Diese letzteren, die Leibgarde  
Poincarés, sind in den letzten Jahren immer mehr ins  
reaktionäre Fahrwasser geraten. Einstweilen können sie noch  
als Stützen der demokratischen Staatsform gelten. Sollte  
aber bei den unvermeidlich kommenden sozialen Kämpfen  
der Kapitalismus in einer Militärdiktatur die einzige  
rettende Lösung erblicken, dann würde wohl auch der größte  
Teil von ihnen die demokratischen Grundsätze über Bord  
werfen. Auf der anderen Seite weigern sich bereits die Wort-  
führer der Sozialistischen Partei ganz entschieden und aus  
Gründen des reinen Klassenkampfes, eine Frontgemeinschaft  
mit der bürgerlichen Linken gegen die Gefahr von rechts zu  
bilden. Alles in allem kann man zwar von einer unmittel-  
baren Gefahr für die republikanische Staatsform in Frank-  
reich einstweilen noch nicht sprechen, aber die monarchistische  
Reaktion hat jedenfalls jenseits des Rheins ganz beträchtliche  
Fortschritte im Krieg und vor allem durch den Sieg der  
Entente gemacht.

## Der gallische Galassch.

Herr Bruno Galassch ist der Direktor des „Zentralbureaus  
für die Vervollständigung der westlichen Gebiete bei den Allierien“ in  
Nähen. Er bemüht sich, mit anfänglichem, aber seitdem sehr zu-  
sammengedrängtem Erfolg, die Industrie des besetzten Gebietes  
wirtschaftlich ins französische Schlepptau zu bringen; es wird in  
Ausficht gestellt, daß vieles für den Wiederaufbau aus dem  
besetzten Gebiet bezogen und diesem dafür allerhand Lebensbedarf  
billig geliefert werden soll. Ein Prozent der Auftragsumme sollen  
die Firmen Herrn Galassch überlassen, der allein mit den Allierien  
verhandeln soll; 4 Prozent davon fließt ihm allein zu. Da er  
vier Bureaus — in Wiesbaden, Koblenz, Krefeld und Düsseldorf —  
errichten will und ihre Kosten auf 24 Millionen Mark jährlich ver-  
anschlagt werden, kommen auf Herrn Galassch allein im Jahr  
800 000 R. Es wird aus guten Gründen vermutet, daß ein nicht  
unbedeutlicher Teil französischen Offizieren zuzuführen soll. Manche  
dieser Herren sind nämlich Gebaltszuschüssen nicht abgeneigt. Für  
das Unternehmen interessieren sich besonders solche Kreise, deren  
Sympathie für die Doriensche Rhein-Republik bekannt ist.  
Aber die Industrie stellt sich jetzt entschieden gegen den Plan;  
von der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung“ wird er scharf  
bekämpft.

Hebrigsens hören wir auch, daß die französische Wirtschaft die  
Arbeiter wie die Gesamtwirtschaft immer mehr gegen sich auf-  
gebracht hat. Im Saarrevier wird zwar eingefahren, aber unten  
wird diskutiert, und es werden Steine gefördert statt Kohle. In-  
folge der Abschaffung der Affordarbeit im Bergbau und des Zeit-  
mangels zum Kohlenwaschen werden die Wagen nicht mehr kon-  
trolliert, und wenn die Steine nur schwarz sind, werden sie oft  
weit gefahren, bis man ihren Unwert erkennt und sie wegwirft.  
Es ist schon vorgekommen, daß selbst bei wirklicher Kohle die  
Transportkosten den Wert des Wageninhalts überstiegen. . . .

## Die Defaitistenhege in Belgien.

Die Verhaftung der ehemaligen Mitarbeiter des „So-  
zialistische Belge“ in Antwerpen hat in der Arbeiterkammer von  
Antwerpen Aufregung hervorgerufen. Die Metallarbeiter und die  
Dacharbeiter verlangen die Freilassung von Bonquet und  
Luz, die Angestellte der Gewerkschaften sind, und drohen mit dem  
Generalstreik. Nach einer weiteren Meldung ist vorerst ein General-  
streik von 24 Stunden beschlossen worden. Justizminister Vanderve-  
lde hat erklärt, er könne in das schwebende Verfahren nicht ein-  
greifen.

## Ein einseitiger Streik.

In Antwerpen ist die Arbeit Mittwochmorgen überall  
in normaler Weise wieder aufgenommen worden.

## Die Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß in der  
Central Hall eine Versammlung von 700—800 Gewerkschafts-  
abgeordneten, die mehr als 5 Millionen Arbeiter vertreten,  
stattfand. Der Kongreß war einberufen worden, um die Kon-  
fiskation der Kohlenbergwerke durch den Staat, die  
Teuerung, die Profitmacherei, die Arbeitslosigkeit,  
die Aufrechterhaltung der Militärdienstpflicht, die britische  
Politik in Rußland und die Schaffung eines besonderen Arbeiter-  
rates zu besprechen. Wie die englischen Wähler melden, nahm der  
Kongreß eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß,  
wenn die Regierung bis Februar den Grundriß der Verstaatlichung  
der Bergwerke nicht angenommen hat, ein außerordentlicher Kongreß  
einberufen wird, um die von dem Glasgower Kongreß gestellte  
Forderung der Aktion durch die Gewerkschaften zur Durchführung  
zu bringen. Emili erklärte, er habe gehört, daß die Regierung  
verloren wird, im Falle eines Streiks Steinkohlen aus Indien  
heranzuführen. In diesem Falle würde er für eine allgemeine  
Einstellung der Arbeit eintreten.

## Kleine politische Nachrichten.

Eine Arbeitsgemeinschaft für die Neuordnung der Sozial-  
versicherung ist anlässlich der bevorstehenden Reform des Ver-  
sicherungswesens von der Gesellschaft für Soziale Reform,  
dem Deutschen Komitee für Internationale Sozialversicherung und  
dem Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft gegründet worden.  
Vorstände sind: Prof. Dr. E. Franke, Abg. Prof. Dr. Hye  
und Reichsminister a. D. Wissell.

Das Rindth-Buch wird ungeändert erscheinen. Das Gericht  
hat die Klage der „Verlagsgesellschaft“ abgewiesen.

Private Kadettenanstalten? Nach einer Meldung aus Potsdam  
sollen die Kadettenanstalten weitergeführt werden, doch werden die  
Mittel zum größten Teil aus Beamten- und Offizierskreisen  
aufgebracht werden. Die Kadetten dürfen vom 12. Dezember ab  
nicht mehr in Uniform gehen, sondern tragen fortan Zivil-  
Kuch in dieser Form können und dürfen u. E. die Kadetten-  
anstalten nicht bestehen bleiben.

Die Arbeitszeit im Bergbau. In den Ausschüßberatungen zur  
Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau schilderte am  
Dienstag Professor Gotthelm die fürchterliche Kollage des Landes  
infolge der Kohlennot; demgegenüber hielten die Vertreter  
der Arbeitnehmer an der Forderung der Einführung der  
Sechsstundenschicht vom 1. Februar ab unbedingt fest. Ein  
Vermittlungsvorschlag von Professor Franke und  
Berghauptmann Schanz will die Sechsstundenschicht international  
regeln und die sechste Stunde zunächst beibehalten, aber höher  
bezahlen. Bei der Abstimmung erklärten sich die Arbeit-  
nehmer für, die Arbeitgeber und die Vertreter der  
Wissenschaft gegen den Sechstundentag.

Gegen unbegründete Verbahnungen. Wegen die deut-  
schen Lokomotivfabriken, wie auch gegen die Staatsbahnver-  
waltungen wird das gänzlich unbegründete Gerücht verbreitet,  
daß die deutschen Fabriken aus Preisrückfällen aus-  
ländische Aufträge bevorzugen. Diesem Gerücht wird aus den  
Kreisen der deutschen Industrie auf das entschiedenste wider-  
sprochen. Die deutschen Lokomotivfabriken haben ihre volle Lei-  
stungsfähigkeit in den Dienst der deutschen Eisenbahnen gestellt.  
Das wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß zu gleicher Zeit neben-  
her einige geringe ausländische Aufträge geben. — Nach wie vor  
muß man sich nur wundern, daß Deutschland trotz Einstellung des  
Personenverkehrs einen Ueberschuß an Lokomotiven hat, um diese  
an das Ausland liefern zu können. Wie denkt das Reichsverkehrs-  
ministerium darüber.

Erzberger's Klage gegen Helfferich. Zu dem Verfahren, das  
gegen den Staatsminister Dr. Helfferich wegen Verleumdung  
des Reichsfinanzministers Erzberger eingeleitet ist, steht nun-  
mehr die Erhebung der öffentlichen Anklage bevor.

Er stellt sich. Der frühere bayerische Kronprinz Rupprecht  
hat an den Präsidenten des bayerischen Landeshilfsvereins von  
Roten Kreuz ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hin-  
weis auf die Widerrechtlichkeit der Gefangenenzurückhaltung seine  
Vereinwilligkeit erklärt, einer etwaigen Forderung der Entente  
nach seiner Auslieferung im Interesse der Gefangenen Folge zu  
leisten.

Beilegung des Streiks in Oberhausen. Wie aus Essen Berich-  
tet wird, ist der Streik in Oberhausen nach Verhandlungen be-  
gelegt. Die Arbeit wurde ordnungsgemäß wieder aufgenommen;  
eine Teuerungszulage wurde den Arbeitern nicht bewilligt.

Ausweitung Deutscher aus dem Saargebiet. Die Franzosen  
haben Dienstag früh den Landrat Polizeidirektor v. Halpen und  
den Regierungsdirektor v. Salmuth verhaftet und sie  
über das rechte Rheinufer abgeführt. Den beiden Beamten  
wurden nur 24 Stunden Zeit zur Ordnung der persönlichen Ange-  
legenheiten gelassen.

Sperrung der belgischen Grenzen. Die belgischen Zeitungen  
melden, daß die Grenzen gegen Holland und Deutschland ge-  
sperrt sind.

Einschränkung des Licht- und Kohlenverbrauchs in Amerika.  
Aus Washington wird gemeldet: Der Administrator für das  
Brennstoffmaterial hat eine einschneidende Verordnung über eine außer-  
ordentliche Einschränkung des Licht- und Kohlenverbrauchs im Haus-  
halt erlassen. Die nicht lebenswichtigen Verriebe müssen ihre Pro-  
duktion auf 50 Proz. herabsetzen. Die Verordnung tritt sofort in  
Kraft und zwar auf unbeschränkte Zeit, sogar, wenn der Kohlen-  
arbeiterausstand sofort beigelegt werden sollte.

Der Bundesrat's Terroristenprozeß. Im Prozesse gegen den  
politischen Beauftragten des Revolutionstribunals Lajolo wurde  
das Beweisverfahren beendet. Nach den Akten der Verteidiger  
wurde die Verhandlung auf morgen nachmittag verlagert. Die  
Urteilsverkündung erfolgt am Freitag.

Die rumänischen Beschädigungen in Ungarn. Nach dem Un-  
garischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureau betragen die von Ru-  
mänen in drei Komitaten Transdanubien verursachten Schäden  
nach amtlicher Feststellung 884 704 000 Kronen, wovon Rumänien  
insgesamt 2 1/2 Millionen zurückerstattet hat. Auf die Ammonitionsfabrik  
in Raab entfallen allein mehr als 800 Millionen.

Ueberfall auf einen Zug in Indien. 100 Rajes griffen an der  
Nordwestgrenze Indiens einen Eisenbahnzug an und töteten  
53 Reisende, 50 weitere Personen wurden verwundet.

Wichtigstellung. Eine Berliner Lokalkorrespondenz verbreitet  
einen Bericht über eine Sitzung der sozialdemokratischen  
Fraktion der Nationalversammlung, in der über den  
Fall Sturz verhandelt worden ist. Diejenige Sitzung folgte soll der  
Reichswehrminister Koste „im Gegensatz zu Scheide-  
mann entschieden von Sturz abgerückt sein“. Diese Darstellung  
ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat in der Fraktionssitzung  
zunächst mitgeteilt, daß er das ihm zur Verfügung stehende Material  
sofort dem Staatsanwalt zugänglich gemacht habe. Er hat alsdann  
den Vorwurf erhoben, daß Personen, die monatelang der Meinung  
gewesen seien, schwer beladene Material in Händen zu haben,  
nicht rechtzeitig Anzeige erstattet hätten. Davon, daß Koste sich  
im „Gegensatz zu Scheidemann“ gestellt habe, ist gar keine Rede.



# Die Universitätsdebatte.

In der Preussischen Landesversammlung führte am Mittwoch

Minister Haenisch

aus: Die Hochschulreform ist dringend geworden, weil jahrzehntelange Versäumnisse nachgeholt werden müssen. Nach meiner Auffassung soll sich der Minister auf die Feststellung der allgemeinen Richtlinien seiner Reformarbeit beschränken und seine Ratgeber arbeiten lassen. Im Wartburger Halle habe ich beide Parteien gründlich gehört. Dabei hat sich ergeben, daß das Urteil über den Studenten Lemmer zu hart ist und ich habe keine Lösung in den Disziplinarakten verfügt. Das Urteil existiert also nicht mehr. Die schwere wirtschaftliche Notlage der Hochschullehrer erkenne ich an und werde für Besserstellung sorgen. Eine Beschränkung der Lehrfreiheit wird von der neuen Regierung niemals vorgenommen werden. Der Professor darf aber nicht vergessen, daß er Staatsbeamter ist. (Unruhe rechts.) Er hat natürlich das Recht, jeder politischen Partei anzugehören und seiner wissenschaftlichen Auffassung völlig freien Ausdruck zu geben, aber er hat nicht das Recht auf Mißbrauch der akademischen Lehrfreiheit zur planmäßigen Verächtlichmachung der neuen Staats-einrichtungen. (Lebh. Zustimmung links.) Was Professor Traeger in dieser Hinsicht getan hat, ist längst nicht das Schlimmste. Der Professor Röhre hat sich sogar unterstanden, Schülern, Quarlancern, Secundanern usw. zu sagen, der Kultusminister wolle nur, daß die Schüler nichts lernen, damit sie nicht etwa Kluger werden, als er selbst. Ich könnte nicht ein; mir genügt lediglih die Mitteilungs des Falles in aller Öffentlichkeit. Von den Vorkommnissen der Professoren Traeger und Röhre werden die Mauern des neuen Deutschland nicht umfallen. (Lebh. Zustimmung links.) Auch die Studentenschaft hat dem Volke zu dienen. Sie arbeiten mit allen Kräften an der Verlebendigung zwischen den Wissenschaftlern und der Arbeiterschaft, wir denken, zum Wohle des Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Lüdemann (Soz.):

Der akademische Lehrer muß sich der Verantwortung bewusst sein, die in seiner Aufgabe der Bildung der Güte des Volkes liegt; deshalb muß er unglücklich vermeiden, seine Stellung zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen. Die Besoldungsreform ist an den technischen Hochschulen noch dringender als an den Universitäten.

Die Leistungsfähigkeit unserer Industrie

beruht zum großen Teil darauf, daß weite Bevölkerungskreise sich durch die technische Mittelschule auf leitende Posten vorbereiten können. Bedürftigen und geeigneten Mittelschülern muß deshalb der Aufstieg zur technischen Hochschule gebnet werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wir verlangen ferner besondere volkswirtschaftliche Mittelschulen nach Art der technischen Mittelschulen. Sie werden helfen, die alten

reaktionären Beamte zu beseitigen,

weil aus ihnen ein sozialdenkender Nachwuchs hervorgehen wird. (Lebhafter Beifall links.) Daneben muß aber auch an den technischen Hochschulen Volkswirtschaft gelehrt werden, denn wir brauchen technisch gebildete Volkswirte. Wir haben jetzt die Universitäten, technische, landwirtschaftliche und bergmännische Hochschulen. Die Entfernung zwischen der Universität und der technischen Hochschule ist schon zu weit, aber zwischen den übrigen Hochschulen und der technischen Hochschule muß eine Vereinheitlichung möglich sein. Das Bindglied sind die Handelshochschulen, sie können von den technischen Hochschulen aufgezogen werden; dann entsteht eine Schule, in der Technik und Wirtschaft vereinigt sind. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hg. Dr. Fehlbender (Z.): Die Reform des technischen Bildungswesens muß von der Universitätsreform getrennt werden. Wir wünschen, daß die philosophische Bildung bei den Angehörigen der technischen Hochschulen besser gepflegt wird.

Hg. Dr. Schlömann (Dem.): Gewährten Privatdozenten muß ein Mindesteinkommen gesichert werden. Für unsere akademische Jugend und von ihr verlangen wir innerlichstes Pflichtbewußtsein.

Hg. Dr. Ang. Klotz (Dnall.): An technischen Hochschulen ist mir kein Mißbrauch der akademischen Lehrfreiheit bekannt geworden.

Unterstaatssekretär Dr. Beder: Die Regierung wendet dem technischen Unterrichtswesen dieselbe Aufmerksamkeit zu wie den Universitäten.

Die Reform der Universitäten

ist eine organisatorische, die der technischen Anstalten dagegen pädagogisch. Die Zurückhaltung der Regierung erklärt sich aus der ungenügenden Klärung der pädagogischen Fragen.

Hg. Dr. Wehl (U. Soz.): Die Studenten sollten ihre Kassen in gelehrte Väcker heften und nicht sich austoben. Man darf die Unversität den Arbeitern nicht verschließen, wenn ihre Bildungshunger sie dort hin treibt. Die Volkshochschule kann dazu nur vorbereiten. Arbeiter und Wissenschaft gehören zusammen.

Hg. Dr. Woldenhauer (D. Sp.): Es geht nicht an, daß das Mitbestimmungsrecht der Studenten auf die Berufungen ausgedehnt wird. Man kann die Studenten nur gutachtlich hören über die Lage der Stunden und ähnliches.

Danach verlegt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

# Gewerkschaftsbewegung

## Ein Hilferuf der Kalibergleute.

Sonntag, den 7. Dezember, tagte in Hannover eine Konferenz der Arbeiterausschüsse sämtlicher Kaliberwerke der Bezirke Hannover, Celle, Braunschweig, Hildesheim. Die Konferenz war von weit über 200 Arbeiterausschüssen besucht. Sie beschäftigte sich neben Tariffragen auch mit der Kohlennot und dem Mangel an Eisenbahnwagen. Viele Kaliberwerke und -Fabriken liegen still, viele müssen Feierschichten einlegen, weil es an Kohlen und Waggons fehlt. Die Kalibergleute verlangen von der Regierung bessere Belieferung mit Kohlen und Waggons und richten an die Kohlenbergleute und die Arbeiter in Eisenbahnwerkstätten den dringenden Appell, angeführt der großen Not selbst vor einigen Leberbüchsen und vor Affordarbeit nicht zurückzutreten.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung erucht die Konferenz die Regierung dringend, der Kaliberindustrie mehr Kohlen zu besorgen, und mehr Eisenbahnwagen zum Abtransport der Produkte zu stellen.

Für die Arbeiter der Kohlengruben und Eisenbahnwerkstätten appellieren die Kaliberarbeiter, nach Kräften dahin zu wirken, daß angeht der großen Kohlennot und des Wagenmangels auch sie vor einigen Leberbüchsen, und in Eisenbahnwerkstätten auch vor Affordarbeit nicht zurückzutreten. Im Bergbau ist die Affordarbeit stets beibehalten worden.

Die Resolution schließt: Arbeiter des Kohlenbergbaues und der Eisenbahnbetriebe! Helft uns durch Lieferung von mehr Kohlen, Waggons und Lokomotiven! Dann können wir durch härtere Kaliberlieferung die Herbeischaffung von mehr Lebensmitteln ermöglichen. Einer für alle, alle für einen! das muß angeht der großen Not unsere gemeinsame Parole sein.

## Der Vormarsch der Organisation.

Die neueste Nummer des „Textilarbeiter“, Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes, ist in einer Auflage von 40000 Exemplaren erschienen. Trotz dieser großen organisatorischen Erfolge ist für den Verband ein weiteres Neuland zur Veranderung vorhanden.

## Geschleitere Verhandlungen.

Die Verhandlungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten von Handel und Industrie in Magdeburg über Wirtschaftshilfe und Erhöhung der Gehaltsätze sind geschleitere. In einem Telegramm an den Reichsarbeitsminister erbitten daher die Angestellten die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, da sie den von den Arbeitgebern einbrachten betlichen Schlichtungsausschuss ablehnen. Sie betonen, daß eine Verschleppung den Generalfreiz bringen würde.

## Transportarbeiter der Metallindustrie.

Auf Grund des Schiedsspruches vom 21. August waren auch die Transportarbeiter in die Lohnklassen eingruppiert. In größeren Umritten ist dies durch die Teilschiedsprüche vom 2. November geschehen. Die Bezahlung hat nach Bemessung der Leistung in den drei letzten Lohnklassen zu erfolgen. In einer Anzahl von Betrieben haben die Eingruppierungskommissionen bereits diese Frage mit den Betriebsunternehmern besprochen und zur Befriedigung beider Teile erledigt.

Als bisherige Resultate sind erzielt, daß der Lohnklasse 3 zu 2,80 M. Stundenlohn mit drei Zuschlägen a 10 Pf. alle Elektromotorenführer, Kraftwagenführer, Großkraftführer, Vorarbeiter und Kolonnenführer zugeteilt worden sind. In Lohnklasse 4 zu 2,40 M. Stundenlohn mit drei Zuschlägen a 10 Pf. sind eingruppiert alle sonstigen Kraftführer, ferner alle Fahrstuhlführer, Feuerwehrenter, Rangierer, Anbinde-, Schertransportarbeiter, Packer, Lagerarbeiter, Be- und Entlader, Erdernmacher, Abkämmerer, Kohlenarbeiter (Kohlenlarer), Bretterträger in und Aukcher. Alle anderen Transportarbeiter, soweit sie nicht noch später in eine höhere Lohnklasse durch Entscheidung eingereiht werden, fallen unter die Lohnklasse 5 zu einem Stundenlohn zu 2,20 M. mit drei Zuschlägen von 10 Pf.

Ueber die Gewährung der Zuschläge ist eine Einheitslichkeit noch nicht erzielt. So daß hierin ein recht buntes Bild zutage tritt. Soweit der erste Zuschlag in Frage kommt, besteht allgemeine Klarheit, da dieser durch den Schiedsspruch geregelt ist. Ueber die Zahlung der beiden weiteren Zuschläge ergeben sich mancherlei Unstimmigkeiten, die bereits zu Differenzen Anlaß gegeben haben, doch ist es möglich gewesen, in einer Anzahl von Betrieben auch hierin eine befriedigende Lösung zu finden und zwar dergestalt, daß die verbleibenden weiteren zwei Zuschläge von je 10 Pf. in kurzen Zwischenzeiten gezahlt werden müssen.

Soweit die Eingruppierung in den Betrieben noch nicht stattgefunden hat, eruchen wir unsere Mitglieder, nun darauf zu drängen. In strittigen Fällen, wo eine Einigung zwischen den

Parteien nicht zu erzielen ist, muß und von dem Fall umgehend Mitteilung gemacht werden, damit die auftretende Differenz im Beschwerdewege vor dem Schlichtungsausschuss ausgetragen werden kann. Die Sektionsleitung.

## Die totgeredeteten Arbeitsgemeinschaften.

Am Sonntag tagte in der Buchdruckerei eine Versammlung der Ortsverwaltung Berlin der Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, in der die Anhänger der Arbeitsgemeinschaften, insbesondere die auf dem Boden der S. V. D. stehenden Mitglieder, totgeredet werden sollten. Der unabhängige Kraas, einer von den Angestellten, die das zweifelhafte Glück hatten, auf dem Rücken der Dummen zum Beamten emporzuklettern, erzählte seinen Parteifreunden, daß durch sein Tagwischenreten bei der letzten Lohnbewegung „eine Mark mehr“ an Zulage herausgeholt wurde. Die Jugenstände der Unternehmer gingen ihm nicht weit genug, weshalb er die Forderung um eine Mark höher schraubte. Parteilich gestülterte er in den Saal hinein: „Seht, das ist die „praktische Arbeit“, die wir leisten.“

Die beschriebenen doch diese Leute sein können. In der „Freiheit“ vom 2. Juli 1919 lesen wir: Der Streik wurde geführt von „Ortsvorstand und Lohnkommission, die in ihrer Wehrheit der S. V. D. angehört“; auf wessen Konto mag nun wohl der „Erfolg“ des Gewerkschaftsbeamten Kraas zu buchen sein? Die „Freiheit“ macht aus dieser Versammlung eine schwere Niederlage von Anhängern der Arbeitsgemeinschaften“. Davon haben aber die anwesenden Vermunftpolitiker nichts gemerkt; es war ein papagehenhaftes Nachplappern abgedrohter Phrasen, die bei den hiesigen Mitgliedern völlig abgeprallt sind. Ein Zeichen geistigen Tiefstandes ist es aber, daß einige Wochen vor einer neuen Lohnbewegung die größte Jahrestage Sabotage treibt und den Mitgliedern in den übrigen Gauen Deutschlands in den Rücken fällt. Dabei ist die Taktik dieser Saboteure nur Spiegelbild. Kauft am 31. Dezember der Tarif ab, dann wird die erste Tat der „Massenbewegten“ Führer sein, die Unternehmer um Verhandlungen zu eruchen. Also worin unterscheidet sich die neue Taktik von der alten? Im früheren Klausurfahren und Vergeben der Mitglieder. Daß man aber durch Verhandeln mit dem Unternehmertum unbewußt sich zum System der Arbeitsgemeinschaften bekennet, will diesen „Führern“ nicht in den Kopf. Sie reden diese Institution wohl tot, sind aber doch zufrieden, daß sie lebt.

„Der Betriebsrat“ nennt sich eine neue von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Berlin NW 53, Weststr. 7, herausgegebene Zeitschrift, die es sich zur Aufgabe macht, den Angestellten-Ausschüssen und Betriebsräten das zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Material, Befehle, Verordnungen, Schiedsprüche usw. zu übermitteln, gleichzeitig aber auch durch Behandlung der Fragen des Tarif- und Arbeitsrechts, Erörterungen über Geld-, Bank-, Börse-, Valuta-, Bilanzkunde, einführende Aufsätze über Volkswirtschaft aufklärend und weiterbildend zu wirken.

Aus dem Inhalt des 1. Heftes sei erwähnt: Ing. Dr. A. Striemer: Wirtschaftliche Demokratie, D. Jensen: Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, E. Aufhäuser: Die Verantwortlichkeit der Betriebsräte, A. Sölich: Volkswirtschaftliche Unterhaltung, Ing. Hans Kühne: Angestellte und Arbeiter, Die Veraltung des Betriebsrätegesetzes im 7. Ausschuss, Befehle, Verordnungen usw.

Die Zeitschrift, monatlich erscheinend, ist zu beziehen zum Vierteljahrspreise von 2 M. (zusätzlich 15 Pf. Porto) monatlich.

Deutscher Metallarbeiterverband, Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr: Versammlung der Kaufhändler und der Kollegen aus den Betrieben für größte Fleiß im „Gewerkschaftsbank“, Engelstr. 15 (großer Saal). Tagesordnung: Auswahl der Kandidatenkommission; Auswahl des Gesellenausschusses. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

## Aus aller Welt.

„Und es kam eine große Dürre.“ Keulich trat an Stelle eines verstorbenen Abgeordneten eine bekannte Frauenrechtlerin und sozial eifrig tätige Abgeordnete in die Nationalversammlung ein. Die Dame ist eine auffallend große und sehr hagere Erscheinung. Ein als Bibbel bekannter Abgeordneter machte den Präsidenten auf das neue Mitglied aufmerksam und sagte hinzu: „Das Gesicht dieser Frau Abgeordneten ist schon in der Bibel angekündigt worden.“ Erstaunte Frage des Präsidenten. „Was, in der Bibel?“ — „Natürl. Herr Präsident, in der Bibel! Denn dort steht geschrieben: Und es kam eine große Dürre!“

Wüste Frankreich. Der Pariser Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Gegenwärtig befinden sich 35 000 russische Soldaten als Internierte in Frankreich, die für 25 Centimes täglich dieselbe Arbeit verrichten müssen, für die die deutschen Kriegsgefangenen einen ganzen Frank erhalten. Weitere 40 000 Russen werden nach Abschluß des Waffenstillstandes von Deutschland nach Frankreich abgeschoben. (?) Auch sie werden als Internierte behandelt. Nur wenn sie bereit sind, im Heere Denikins oder Koltschaks Dienst zu nehmen, ist sofort Transportmöglichkeit zu ihrer Verfügung. Die Unzufriedenheit in den Lagern wächst. In Mailly bei Paris wurden bereits Wajhingengewehre aufgefunden und gegen eine unbewaffnete Abordnung verwendet. Dabei blieben 6 Leute tot und 20 verwundet auf dem Platz. Auch in den Lagern von Mirabeau und Soutresnes kam es zu ähnlichen Vorfällen.

Verarmt, für den Redaktion: Fritz Ketzer Hilde, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin; Berlin: Bornstraße 113, Berlin. Druck: Bornstraße 113, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 14, Berlin 2, Silesien.



Die wär's mit einem dieser beiden entzückenden Mäntel? Beide sind wie geschaffen, die größte und herzlichste Festfreude auszulösen. Der linke ist aus schönfarbigem molligen Winterstoff, 3/4 lang, streng modern und sauber verarbeitet, mit besonderem Schmuckem Streifen ausgefattet und kostet nur 95.— Der rechte aus einer vornehmen blauen, prachtvoll schweren Dicotonware, von tadellosem Schnitt und mit hübsch besetzten Taschen kostet nur 145.— Königsfr. 33 Chausseefr. 113 Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Ostliner Bahnhof